

Studien- und Prüfungsordnung
der Universität Passau für den Studiengang Rechtswissenschaft

Vom 19. Februar 2004

in der Fassung der Siebten Änderungssatzung vom 10. Oktober 2014

Aufgrund des Art. 6 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Art. 72 Abs. 1 Satz 1, Art. 80 Abs. 1 Satz 4 und Art. 81 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) und § 38 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPO) vom 13. Oktober 2003 (GVBl S. 758) erlässt die Universität Passau folgende Satzung¹:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Geltungsbereich, Studiengang

1. Teil: Studiengang Rechtswissenschaft

§ 2 Studienziele

§ 3 Regelstudienzeit

§ 4 Studienaufnahme

§ 5 Inhalte und Prüfungsgebiete des Studiums

§ 6 Aufbau des Studiums

§ 7 Studienplan

§ 8 Ordnungsgemäßes Studium

§ 9 Lehrveranstaltungen, Unterrichtsformen

§ 10 Leistungsnachweise im Bereich einer Fremdsprache; Alter der Leistungsnachweise

§ 10a Schriftliche Leistungsüberprüfung im Antwort-Wahl-Verfahren

§ 11 Leistungsnachweise in den Grundkursen, der Zwischenprüfung, der Übung für Fortgeschrittene sowie in der Juristischen Universitätsprüfung

§ 12 Praktische Studienzeiten

§ 13 Studienberatung

2. Teil: Studiengang und Prüfungen

¹ Vorbemerkung zum Sprachgebrauch: Im Text erfolgt die Bezeichnung weiblicher und männlicher Personen aus Gründen der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit jeweils in der maskulinen Form. Mit allen verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

1. Abschnitt: Erste Juristische Staatsprüfung

§ 14

2. Abschnitt: Universitäre Prüfungen**1. Grundstudium**

§ 15 Grundkurse und zwischenprüfungsrelevante Vorlesungen

2. Zwischenprüfung

§ 16 Inhalt der Zwischenprüfung

§ 17 Zweck der Zwischenprüfung

§ 18 Durchführung der Prüfung und Prüfungsorgan

§ 19 Prüfer

§ 20 Zulassungsverfahren

§ 21 Meldung zu den Teilprüfungen; Prüfungsfristen

§ 22 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

§ 23 Zwischenprüfung

§ 24 Bewertung von Teilprüfungen

§ 25 Bestehen und Nichtbestehen der Zwischenprüfung

§ 26 Wiederholung

§ 27 Unterschleif, Täuschung, Ordnungsverstoß

§ 28 Mängel im Prüfungsverfahren

§ 29 Ungültigkeit der Prüfung

3. Hausarbeit

§ 30 Hausarbeiten

4. Hauptstudium

§ 31 Ziel, Inhalt, Zulassung

§ 32 Übungen für Fortgeschrittene

5. Abschlussstudium

§ 33 Abschlussstudium

6. Studium im Schwerpunktbereich und Juristische Universitätsprüfung im Schwerpunktbereich

§ 34 Ziel des Studiums im Schwerpunktbereich

§ 35 Inhalt der Schwerpunktbereiche

§ 36 Zweck der Juristischen Universitätsprüfung

§ 37 Prüfungsleistungen der Juristischen Universitätsprüfung

§ 38 Einzel- und Gesamtnoten

§ 39 Prüfungsorgan

§ 40 Prüfer

§ 41 Zeitpunkt der Prüfung

§ 42 Zulassung zum Studium im Schwerpunktbereich; Wahl und Wechsel eines Schwerpunktbereichs

§ 42a Zugangsbegrenzung

§ 43 Studienbegleitende Leistungsnachweise: Angebot, Bekanntgabe der Termine, Zulassung, Wiederholung und Anrechnung

§ 44 Bewertung der Prüfungsleistungen

§ 45 Mitteilung der Ergebnisse der schriftlichen Teilprüfungen, Zulassung zur mündlichen Prüfung

§ 46 Durchführung und Bewertung der mündlichen Prüfung

§ 47 Bildung einer Prüfungsgesamtnote der Juristischen Universitätsprüfung im Schwerpunktbereich; Prüfungsgesamtnote der Ersten Juristischen Prüfung

§ 48 Ausschluss von der Teilnahme, Rücktritt und Versäumnis, Verhinderung, Unzumutbarkeit, Unterschleif, Mängel im Prüfungsverfahren

§ 49 Mitteilung der Prüfungsergebnisse

§ 50 Wiederholung der mündlichen Prüfung

§ 51 Freiversuch und Notenverbesserung

7. Gemeinsame Bestimmungen

- § 52 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 53 Schutzfristen und Nachteilsausgleich
- § 53a Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

3. Teil Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 54 Übergangsregelungen
- § 55 In-Kraft-Treten, Geltungsbereich, Außer-Kraft-Treten

Anlage gemäß § 7: Studienplan

Anlage gemäß § 35 Abs. 2: Mustervereinbarung

§ 1 Geltungsbereich, Studiengang

¹Die Juristische Fakultät bietet den wissenschaftlichen Studiengang Rechtswissenschaft mit dem Ziel der Ersten Juristischen Prüfung, bestehend aus der Juristischen Universitätsprüfung und der Ersten Juristischen Staatsprüfung, an. ²Diese Studien- und Prüfungsordnung regelt den Studiengang auf der Grundlage der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPO) in der jeweils gültigen Fassung sowie die im Rahmen dieses Studiengangs abzulegenden universitären Prüfungen hinsichtlich Prüfungsanforderungen und Prüfungsverfahren.

1. Teil: Studiengang Rechtswissenschaft

§ 2 Studienziele

- (1) Das wissenschaftliche Studium der Rechtswissenschaft vermittelt die Kenntnis und das Verständnis der Rechtsordnung sowie der rechtswissenschaftlichen Denkweisen und Methoden.
- (2) Die Lehrveranstaltungen vermitteln und fördern die Fähigkeit, eigenständig und mit wissenschaftlicher Arbeitsweise rechtliche Fragen zu beantworten, vorhandene Kenntnisse selbstständig zu erweitern und unbekannte Rechtsgebiete eigenständig zu erarbeiten.
- (3) Studienziel im Studiengang Rechtswissenschaft mit dem Abschluss der Ersten Juristischen Prüfung ist die fachliche Qualifikation in der Hochschulabschluss- und Einstellungsprüfung für den Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendar (Erste Juristische Prüfung) durch den Nachweis, dass die Studierenden das Recht mit Verständnis erfassen und anwenden können und über die hierzu erforderlichen Kenntnisse in den Prüfungsfächern mit ihren

geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, rechtsphilosophischen und europarechtlichen Bezügen verfügen.

§ 3 Regelstudienzeit

¹Die Regelstudienzeit im Sinne des Art. 57 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG beträgt gemäß § 22 Abs. 3 JAPO für die gesamte Ausbildung, einschließlich der Prüfungszeit für die Erste Juristische Prüfung, neun Studienhalbjahre. ²Der Höchstumfang der erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 203 Semesterwochenstunden (SWS).

§ 4 Studienaufnahme

Das Studium kann nur im Wintersemester aufgenommen werden.

§ 5 Inhalte und Prüfungsgebiete des Studiums

- (1) Das Studium der Rechtswissenschaften mit dem Abschluss der Ersten Juristischen Prüfung erstreckt sich auf die Pflichtfächer mit ihren geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, rechtsphilosophischen und europarechtlichen Grundlagen sowie einen vom Studierenden zu wählenden Schwerpunktbereich, §§ 18 Abs. 1, 38, 39 JAPO.
- (2) Pflichtfächer sind die in § 18 Abs. 2 JAPO genannten Fächer.
- (3) Die Schwerpunktbereiche ergeben sich aus § 35.

§ 6 Aufbau des Studiums

- (1) ¹Das Studium gliedert sich in Grund-, Haupt- und Abschlussstudium. ²Neben das in allen Phasen zu betreibende Studium der Pflichtfächer tritt im Laufe des Hauptstudiums das Studium eines Schwerpunktbereichs.
- (2) ¹Das Grundstudium soll die Studierenden zu intensivem, eigenem Studium des Rechts und zu kritischem Nachdenken hinführen. ²Neben dem Studium des Bürgerlichen Rechts, des Öffentlichen Rechts und des Strafrechts werden die Studierenden mit den geschichtlichen, rechtsphilosophischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und europarechtlichen Grundlagen des Rechts vertraut gemacht. ³Ferner werden Veranstaltungen zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen (u.a. Verhandlungsmanagement, Gesprächsführung, Rhetorik, Streitschlichtung, Mediation, Vernehmungslehre und Kommunikationsfähigkeit) angeboten. ⁴Das Grundstudium wird abgeschlossen durch das Bestehen der Zwischenprüfung.
- (3) ¹In dem Hauptstudium wird das im Grundstudium erworbene Wissen ausgebaut und vertieft sowie die Basis für die Examensvorbereitung gelegt. ²Im Mittelpunkt steht dabei das Studium der Pflichtfächer mit den Übungen für Fortgeschrittene. ³Zugleich beginnt in dem Hauptstudium die Ausbildung in einem Schwerpunktbereich.

(4) ¹Im Abschlussstudium sollen die Studierenden durch Wiederholungskurse, die in der Form von Examens- und Klausurenkursen nach Maßgabe der Kapazität des Lehrkörpers angeboten werden, ihre Kenntnisse im Hinblick auf die Erste Juristische Staatsprüfung vervollkommen. ²Gleichzeitig dient das Abschlussstudium der Erarbeitung und wissenschaftlichen Durchdringung des Rechtsgebiets des gewählten Schwerpunktbereichs sowie der Spezialisierung auf diesem Gebiet.

(5) ¹Die Schwerpunktbereiche dienen der Ergänzung des Studiums, der Vertiefung der mit ihnen zusammenhängenden Pflichtfächer und, soweit sie interdisziplinäre und internationale Bezüge aufweisen, deren Vermittlung sowie der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen. ²Das Schwerpunktstudium umfasst mindestens 16 und höchstens 24 Semesterwochenstunden; es darf höchstens zu 50 v.H. Lehrveranstaltungen enthalten, die Pflichtfächer (§ 18 Abs. 2 JAPO) vertiefen. ³Die Lehrveranstaltungen in den Schwerpunktbereichen werden nach Maßgabe der Kapazität des Lehrkörpers angeboten. ⁴Hierbei ist sichergestellt, dass diejenigen Studierenden, die nach dem Studienplan einen Schwerpunktbereich zu studieren begonnen haben, bei ordnungsgemäßem Studium alle erforderlichen Veranstaltungen bis zur Juristischen Universitätsprüfung besuchen können.

§ 7 **Studienplan**

(1) ¹Der Ablauf des Studiums ergibt sich aus dem Studienplan. ²Der Studienplan ist der Studien- und Prüfungsordnung als Anlage beigefügt.

(2) Die Juristische Fakultät bietet im Rahmen der personellen und sachlichen Kapazitäten die im Studienplan vorgesehenen sowie unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Studiums weitere ergänzende Lehrveranstaltungen an.

§ 8 **Ordnungsgemäßes Studium**

(1) ¹Die Studierenden haben in jedem Semester eine angemessene Zahl von Pflichtveranstaltungen und, nach Aufnahme des Schwerpunktstudiums, von Veranstaltungen des von ihnen gewählten Schwerpunktbereichs sowie über sonstige juristische Fächer in eigenverantwortlicher Gestaltung ihres Programms zu besuchen. ²Weiter haben sie an vorlesungsbegleitenden Übungen und aufeinander abgestimmten Examenskursen sowie Klausurenkursen zur Examenvorbereitung und an einer angemessenen Zahl von Ergänzungsveranstaltungen des von ihnen gewählten Schwerpunktbereichs teilzunehmen.

(2) ¹Die Inhalte des Studiums berücksichtigen die rechtsprechende, verwaltende und rechtsberatende Praxis einschließlich der hierfür erforderlichen Schlüsselqualifikationen. ²Veranstaltungen, die die Schlüsselqualifikationen vermitteln, sollten möglichst als Blockveranstaltungen angeboten werden.

§ 9 **Lehrveranstaltungen, Unterrichtsformen**

Die Ziele und Inhalte des Studiums werden insbesondere in folgenden Lehrveranstaltungsarten bzw. Unterrichtsformen vermittelt:

- Vorlesungen
- Grundkurse
- Übungen für Fortgeschrittene
- Examinatorien
- Klausurenkurse
- Seminare
- Repetitorien
- Kolloquien
- Tutorien
- Begleitkolloquien.

§ 10

Leistungsnachweise im Bereich einer Fremdsprache; Alter der Leistungsnachweise

(1) ¹Die Studierenden müssen an einer fremdsprachigen rechtswissenschaftlichen Veranstaltung oder einem rechtswissenschaftlich ausgerichteten Sprachkurs teilnehmen und darüber einen Leistungsnachweis erbringen (§ 24 Abs. 2 JAPO). ² Dieser ist auch in Form einer Multiple-Choice-Prüfung möglich. ³Über die Anerkennung gleichwertiger Nachweise und Vorkenntnisse nach § 24 Abs. 2 Satz 2 JAPO entscheidet der Dekan.

(2) ¹Die Leistungsnachweise nach Abs. 1 sowie nach § 11 Abs. 4 dürfen bei der Meldung zur Ersten Juristischen Staatsprüfung nicht älter als zwölf Jahre sein. ²Die studienbegleitenden Leistungsnachweise (§ 43) dürfen bei der Meldung zur mündlichen Prüfung (§ 46) nicht älter als zwölf Jahre sein.

§ 10a

Schriftliche Leistungsüberprüfung im Antwort-Wahl-Verfahren

(1) ¹Bei der schriftlichen Leistungsüberprüfung im Antwort-Wahl-Verfahren hat der Studierende unter Aufsicht gestellte Aufgaben zu lösen. ²Er hat dabei anzugeben, welche der mit den Aufgaben vorgelegten mehreren Aussagen er für allein zutreffend hält oder ob er eine vorgegebene Aussage oder Frage als richtig oder falsch ansieht (Multiple Choice). ³Bei Multiple-Choice-Fragen wird eine richtige Antwort mit einem Punkt, eine falsche Antwort mit null Punkten bewertet. ⁴Der gemäß § 19 Abs. 1 zum Prüfer bestellte Leiter der Lehrveranstaltung sowie ein weiterer bestellter Prüfer stellen die Prüfungsaufgaben.

(2) ¹Stellt sich bei der Auswertung der Klausur heraus, dass bei einzelnen Prüfungsaufgaben zuverlässige Ergebnisse nicht möglich sind, so vermindert sich die Bezugsgröße der Bestehensgrenze (die maximale Anzahl der Punkte) um die maximale Punktzahl dieser Frage. ²Bei der Bewertung der schriftlichen Leistungsüberprüfung nach Abs. 3 ist von der korrigierten Bezugsgröße auszugehen. ³Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil eines Studierenden auswirken.

(3) ¹Die Leistungsüberprüfung ist bestanden, wenn der Studierende mindestens 56 Prozent der maximalen Punktzahl erreicht hat oder wenn die Zahl der zutreffend beantworteten Fragen um nicht mehr als 22 Prozent die durchschnittlichen Prüfungsleistungen der Studierenden unterschreitet, die in den letzten beiden Terminen vor dem jeweiligen Prüfungstermin erstmals an der Klausur teilgenommen haben. ²Hat der Studierende die für das Bestehen der

Prüfung nach Satz 1 erforderliche Prozentzahl der maximalen Punktzahl erreicht, so lautet die Note

18 Punkte (sehr gut)	bei mindestens 98 Prozent,
17 Punkte (sehr gut)	bei mindestens 95, aber weniger als 98 Prozent,
16 Punkte (sehr gut)	bei mindestens 92, aber weniger als 95 Prozent,
15 Punkte (gut)	bei mindestens 89, aber weniger als 92 Prozent,
14 Punkte (gut)	bei mindestens 86, aber weniger als 89 Prozent,
13 Punkte (gut)	bei mindestens 83, aber weniger als 86 Prozent,
12 Punkte (vollbefriedigend)	bei mindestens 80, aber weniger als 83 Prozent,
11 Punkte (vollbefriedigend)	bei mindestens 77, aber weniger als 80 Prozent,
10 Punkte (vollbefriedigend)	bei mindestens 74, aber weniger als 77 Prozent,
9 Punkte (befriedigend)	bei mindestens 71, aber weniger als 74 Prozent,
8 Punkte (befriedigend)	bei mindestens 68, aber weniger als 71 Prozent,
7 Punkte (befriedigend)	bei mindestens 65, aber weniger als 68 Prozent,
6 Punkte (ausreichend)	bei mindestens 62, aber weniger als 65 Prozent,
5 Punkte (ausreichend)	bei mindestens 59, aber weniger als 62 Prozent,
4 Punkte (ausreichend)	bei mindestens 56, aber weniger als 59 Prozent
3 Punkte (mangelhaft)	der gestellten Prüfungsfragen, andernfalls lautet die Note
2 Punkte (mangelhaft)	bei mindestens 46, aber weniger als 56 Prozent,
1 Punkt (mangelhaft)	bei mindestens 36, aber weniger als 46 Prozent,
0 Punkte (ungenügend)	bei mindestens 26, aber weniger als 36 Prozent, bei weniger als 26 Prozent der gestellten Prüfungsfragen.

(4) ¹Das Ergebnis der Prüfung wird von dem Leiter der Lehrveranstaltung festgestellt und dem Studierenden mitgeteilt. ²Dabei sind anzugeben:

1. die Prüfungsnoten,
2. die Bestehensgrenze,
3. die Zahl der gestellten und die Zahl der von dem Prüfungsteilnehmer beantworteten Aufgaben insgesamt,
4. die durchschnittliche Prüfungsleistung der in Abs. 3 Satz 1 als Bezugsgröße genannten Studierenden.

³Die Mitteilung nach Sätzen 1 und 2 kann durch Aushang oder auf elektronischem Weg erfolgen.

§ 11

Leistungsnachweise in den Grundkursen, der Zwischenprüfung, der Übung für Fortgeschrittene sowie in der Juristischen Universitätsprüfung

(1) ¹Die Studierenden haben die Grundkurse im Privatrecht, im Staatsrecht und im Strafrecht zu besuchen und darüber jeweils einen Leistungsnachweis zu erbringen. ²Einzelheiten sind in § 15 geregelt.

(2) ¹Die Studierenden haben sich einer Zwischenprüfung im Privatrecht, im Öffentlichen Recht und im Strafrecht zu unterziehen. ²Prüfungsanforderungen und Prüfungsverfahren regeln die §§ 16 bis 29.

(3) ¹Die Studierenden haben je eine Hausarbeit im Privatrecht, Öffentlichen Recht und Strafrecht zu bestehen. ²Das Nähere regelt § 30.

(4) ¹Gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 JAPO haben die Studierenden an je einer Übung für Fortgeschrittene im Zivilrecht, im Strafrecht und im Öffentlichen Recht teilzunehmen und darüber einen Leistungsnachweis zu erbringen. ²Prüfungsanforderungen und Prüfungsverfahren regeln die §§ 31 und 32.

(5) ¹Die Studierenden haben ferner im gewählten Schwerpunktbereich die dort vorgesehenen Veranstaltungen zu besuchen und die Juristische Universitätsprüfung abzulegen. ²Prüfungsanforderungen und Prüfungsverfahren regeln die §§ 34 bis 51.

§ 12

Praktische Studienzeiten

Die Teilnahme an praktischen Studienzeiten erfolgt nach Maßgabe des § 25 JAPO.

§ 13

Studienberatung

(1) ¹Die zentrale Studienberatung der Universität Passau erteilt Auskünfte und Ratschläge bei fachübergreifenden Problemen. ²Sie sollte insbesondere in Anspruch genommen werden:

- für Fragen vor Studienbeginn und
- bei geplantem Wechsel des Studiengangs.

(2) ¹Die Fachstudienberatung wird im Verantwortungsbereich der Juristischen Fakultät durch den Studiendekan, die einzelnen Lehrstühle sowie die Mitarbeiter des Dekanats durchgeführt. ²Der Studierende sollte die Fachstudienberatung insbesondere bei im Verlauf des Studiums auftretenden Fragen der Studienplanung und nach nicht bestandenen Prüfungen in Anspruch nehmen.

2. Teil: Studiengang und Prüfungen

1. Abschnitt: Erste Juristische Staatsprüfung

§ 14

Der staatliche Teil der Ersten Juristischen Prüfung (die sog. Erste Juristische Staatsprüfung) bestimmt sich nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPO) in der jeweils gültigen Fassung.

2. Abschnitt: Universitäre Prüfungen

1. Grundstudium

§ 15

Grundkurse und zwischenprüfungsrelevante Vorlesungen

(1) ¹Die Grundkurse umfassen folgende Gebiete: Privatrecht, Staatsrecht, Strafrecht sowie Europarecht und Internationales. ²Sie erstrecken sich jeweils über zwei Semester.

(2) ¹In den Grundkursen Privatrecht und Staatsrecht werden im zweiten Semester und im Grundkurs Strafrecht im dritten Semester jeweils zwei Grundkursklausuren angeboten. ²Die Bearbeitungszeit beträgt jeweils einhundertzwanzig Minuten. ³Die in Satz 1 genannten Grundkursklausuren sind Bestandteil der Zwischenprüfung.

(3) ¹Zum Abschluss der im Studienplan näher gekennzeichneten Vorlesungen werden am Ende des dritten Semesters im Privatrecht und Öffentlichen Recht jeweils eine oder mehrere Semesterabschlussklausuren angeboten. ²Die Semesterabschlussklausuren sind Bestandteil der Zwischenprüfung.

(4) In den Grundkurs- und den Semesterabschlussklausuren wird auch geprüft, ob der Studierende mit den geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, rechtsphilosophischen und europarechtlichen Grundlagen des jeweiligen Fachs vertraut ist.

2. Zwischenprüfung

§ 16

Inhalt der Zwischenprüfung

Die Zwischenprüfung erstreckt sich auf die in § 23 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 genannten Fächer einschließlich ihrer geschichtlichen, wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen, rechtsphilosophischen und europarechtlichen Grundlagen.

§ 17
Zweck der Zwischenprüfung

- (1) Die Zwischenprüfung schließt das Grundstudium ab.
- (2) Sie dient der Feststellung, ob das Ziel des Grundstudiums erreicht ist, und ist nach Maßgabe des § 31 Abs. 2 Voraussetzung für die Aufnahme des Hauptstudiums.

§ 18
Durchführung der Prüfung und Prüfungsorgan

¹Für die Organisation und Durchführung der Zwischenprüfung ist der Dekan der Juristischen Fakultät verantwortlich; er trifft, soweit nichts anderes bestimmt ist, die notwendigen Entscheidungen. ²Insbesondere obliegt ihm die Festlegung und Bekanntmachung der zugelassenen Hilfsmittel.

§ 19
Prüfer

- (1) Die Prüfer werden vom Dekan bestellt.
- (2) Zu Prüfern können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz und der Hochschulprüferverordnung vom 22. Februar 2000 (GVBl S. 67, BayRS 2210-1-1-6-WFK) in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Zwischenprüfungen Befugten bestellt werden.
- (3) ¹Der jeweilige Aufgabensteller (§ 23 Abs. 2) wählt aus den vom Dekan bestellten Prüfern die für die Korrektur der Prüfungsarbeiten zuständigen Prüfer aus. ²Der Aufgabensteller selbst soll nur in Ausnahmefällen als Prüfer tätig werden.

§ 20
Zulassungsverfahren

- (1) Zur Zwischenprüfung kann nur zugelassen werden, wer in dem Semester, in dem er sich der Zwischenprüfung unterzieht, als Studierender im Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Passau immatrikuliert ist.
- (2) ¹Ohne Antrag sind die Studierenden zur Zwischenprüfung zuzulassen, die seit dem 1. Fachsemester ohne Unterbrechung im Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Passau immatrikuliert sind. ²Andere Studierende werden nur auf Antrag zur Prüfung zugelassen. ³Der Antrag ist spätestens zwei Wochen nach Beginn der Vorlesungszeit des jeweiligen Prüfungssemesters schriftlich an den Dekan zu richten. ⁴Dem Antrag ist eine Erklärung darüber beizufügen,

1. ob und welche Teilprüfungen der Zwischenprüfung im Studiengang Rechtswissenschaft oder welche vergleichbaren Studien- und Prüfungsleistungen bereits an einer anderen Universität abgelegt wurden und

2. ob die Zwischenprüfung im Studiengang Rechtswissenschaft, die Juristische Universitätsprüfung oder die erste Juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden wurde.

(3) Die Zulassung zur Zwischenprüfung ist zu versagen, wenn

1. die nach Abs. 1 und 2 vorgeschriebenen Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind oder
2. die Zwischenprüfung im Studiengang Rechtswissenschaft, die Juristische Universitätsprüfung oder die erste Juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden wurde.

(4) ¹Die Entscheidung über die Zulassung sowie über die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen (§ 22) ist rechtzeitig vor Prüfungsbeginn bekannt zu geben. ²Eine ablehnende Entscheidung ist schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 21 **Meldung zu den Teilprüfungen; Prüfungsfristen**

(1) Die Termine für die Meldung zu Teilprüfungen (§ 23 Abs. 1) werden mit Beginn der Vorlesungszeit des jeweiligen Prüfungssemesters durch Aushang am Dekanat oder auf den Internetseiten der Fakultät unter Angabe einer Ausschlussfrist bekannt gegeben.

(2) Der Studierende hat sich so rechtzeitig zu den Teilprüfungen zu melden, dass er die Zwischenprüfung bis zum Ende des vierten Fachsemesters abschließen kann.

(3) ¹Versäumt ein Studierender die Frist für die Meldung zu einer Teilprüfung oder für die Ablegung einer Teilprüfung oder legt er eine Teilprüfung, zu der er sich gemeldet hat, nicht ab, gilt die nicht fristgerecht abgelegte Teilprüfung als abgelegt und mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) nicht bestanden (Art. 61 Abs. 6 Satz 3 BayHSchG). ²Diese Rechtsfolge tritt nicht ein, wenn der Studierende die Gründe hierfür nicht zu vertreten hat. ³Gründe, die das Versäumen einer Frist rechtfertigen, sind unverzüglich schriftlich beim Dekan geltend und glaubhaft zu machen. ⁴Bei Krankheit ist ein ärztliches Attest vorzulegen, das grundsätzlich auf einer Untersuchung beruhen muss, die am Tag der geltend gemachten Prüfungsunfähigkeit erfolgt ist. ⁵In begründeten Zweifelsfällen kann der Dekan zusätzlich ein amtsärztliches Zeugnis verlangen. ⁶Über die Anerkennung der Gründe sowie die Dauer der Fristverlängerung entscheidet der Dekan. ⁷Der Studierende erhält darüber einen schriftlichen Bescheid, der im Fall der Ablehnung zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

§ 22 **Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen**

(1) Eine Zwischenprüfung und andere vergleichbare Prüfungen im selben Studiengang, die der Prüfling an einer anderen inländischen Universität bestanden hat, werden anerkannt.

(2) Vergleichbare Studien- und Prüfungsleistungen im selben Studiengang, die Teile der Zwischenprüfung oder anderer vergleichbarer Prüfungen darstellen und die der Prüfling an einer anderen inländischen Universität bestanden hat, werden angerechnet.

(3) ¹Ergänzend zu Abs. 2 wird der Nachweis von für die Zwischenprüfung gemäß §§ 16 ff. vorgesehenen Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen in der Regel auch erbracht durch entsprechende Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder an ausländischen Hochschulen, außer, es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse). ²Gleiches gilt für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von sonstigen Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nrn. 1 und 2 Bay HSchG, in speziellen Studienangeboten nach Art. 47 Abs. 3 Satz 1 Bay HSchG oder an der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht worden sind. ³Art. 42 Abs. 3 BayHSchG bleibt hiervon unberührt. ⁴Satz 1 findet entsprechend Anwendung auf Studienzeiten und Studien- sowie Prüfungsleistungen, die in einem anderen als dem in dieser Studien- und Prüfungsordnung geregelten Studiengang an der Universität Passau erbracht wurden.

(4) ¹Für die Beurteilung, ob bei an ausländischen Hochschulen erbrachten Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen bestehen, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. ²Soweit Äquivalenzvereinbarungen oder Absprachen zwischen Hochschulen nicht vorliegen, entscheidet der Dekan im Einvernehmen mit den zuständigen Fachvertretern. ³Bei Zweifel an der Gleichwertigkeit kann die Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen gehört werden.

(5) ¹Kompetenzen, die im Rahmen sonstiger weiterbildender Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 3 Bay HSchG oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, werden angerechnet, wenn sie gleichwertig sind. ²Bei der Anrechnung dürfen außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen höchstens die Hälfte des Hochschulstudiums ersetzen.

(6) ¹Ein Antrag auf Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungsleistungen ist spätestens bei der Meldung nach § 21 Abs. 2 schriftlich unter Beifügung der entsprechenden Unterlagen an den Dekan zu richten. ²Die Entscheidung trifft der Dekan im Einvernehmen mit den zuständigen Fachvertretern.

(7) ¹Werden Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit erforderlich nach Umrechnung in das Notensystem der Universität Passau – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ²Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig. ³Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen.

§ 23
Zwischenprüfung

(1) Die Zwischenprüfung besteht aus folgenden studienbegleitenden, schriftlichen Klausuren (Teilprüfungen):

1. jeweils zwei zweistündigen Klausuren zum Abschluss der Grundkurse im Privatrecht, Staatsrecht und Strafrecht (Grundkursklausuren),
2. jeweils einer neunzigminütigen Semesterabschlussklausur im Recht der vertraglichen Schuldverhältnisse und Mobiliarsachenrecht sowie
3. zwei neunzigminütigen Semesterabschlussklausuren im Allgemeinen Verwaltungsrecht einschließlich des Verwaltungsprozessrechts.

(2) Die Aufgaben werden durch die für die Lehrveranstaltung verantwortliche Lehrperson (Aufgabensteller) gestellt; dabei sind die in § 16 bezeichneten Grundlagen in die Aufgabenstellung mit einzubeziehen.

(3) Termine für Teilprüfungen werden sechs Wochen vorher durch Aushang am Dekanat oder auf den Internetseiten der Fakultät bekannt gegeben.

§ 24
Bewertung von Teilprüfungen

(1) ¹Die Noten für die Klausuren werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. ²Die Bewertung richtet sich nach § 1 der Verordnung des Bundesministers der Justiz über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung vom 3. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1243) in der jeweils geltenden Fassung.

(2) ¹Klausuren, die nach Maßgabe des Abs. 1 nicht mit mindestens „ausreichend“ (4,0 Punkte) bewertet werden, sind von zwei Prüfern zu bewerten; im Übrigen kann von der Bestellung eines zweiten Prüfers abgesehen werden. ²Satz 1 Halbsatz 1 findet bei der Bewertung von Prüfungsleistungen nach § 10a keine Anwendung.

(3) ¹Werden zwei Prüfer tätig, ergibt sich die Note aus dem ungerundeten arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. ²Bewertet einer der Prüfer die Prüfungsleistung mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“, der andere Prüfer die Prüfungsleistung mit „ausreichend“ oder besser und ergibt sich als arithmetisches Mittel aus beiden Bewertungen eine Punktzahl von weniger als vier Punkten, dann ist die Aufsichtsarbeit dem Aufgabensteller zur Entscheidung vorzulegen.

§ 25
Bestehen und Nichtbestehen der Zwischenprüfung

(1) Die Zwischenprüfung wird als „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.

(2) Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn

1. je eine Grundkursklausur im Privatrecht, im Staatsrecht und im Strafrecht (§ 23 Abs. 1 Nr. 1) und
2. je eine Semesterabschlussklausur in den in § 23 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 bezeichneten Rechtsgebieten

mit mindestens „ausreichend“ (4,0 Punkte) bewertet worden sind.

(3) ¹Über die bestandene Zwischenprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. ²Das Zeugnis ist vom Dekan zu unterzeichnen. ³Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. ⁴Die Noten für die Teilprüfungen (§ 24) werden dem Zeugnis beigefügt; in der Bescheinigung ist die Noten- und Punkteskala gemäß § 1 der in § 24 Abs. 1 Satz 2 genannten Verordnung abzudrucken.

(4) ¹Ist die Zwischenprüfung nicht bestanden oder gilt sie gemäß § 21 Abs. 3 als nicht bestanden, so erteilt der Dekan dem Prüfling einen schriftlichen Bescheid. ²Auf Antrag wird eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen sowie die noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Zwischenprüfung nicht bestanden ist.

§ 26 Wiederholung

(1) ¹Die Zwischenprüfung, die nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt (§ 21 Abs. 3), kann einmal wiederholt werden. ²Bereits bestandene Teilprüfungen werden bei einer Wiederholung angerechnet. ³Fehlversuche in Zwischenprüfungen an anderen Universitäten und gleichgestellten Hochschulen in Deutschland sowie in vergleichbaren Prüfungsleistungen sind anzurechnen.

(2) ¹Wiederholungsprüfungen müssen jeweils innerhalb von sechs Monaten nach Mitteilung des Prüfungsergebnisses abgelegt werden, sofern dem Prüfling nicht wegen von ihm nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wird. ²Wird die entsprechende Lehrveranstaltung lediglich im Jahresrhythmus angeboten, verlängert sich die Frist auf zwölf Monate, wenn nicht vorher eine Wiederholungsprüfung angeboten wird. ³Die Fristen werden durch Beurlaubung oder Exmatrikulation nicht unterbrochen, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass das Studium an einer anderen Universität im gleichen Studiengang weitergeführt wird. ⁴Bei Versäumnis der Fristen gilt die Zwischenprüfung als endgültig nicht bestanden, es sei denn, der Prüfling hat die Gründe nicht zu vertreten.

§ 27 Unterschleif, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) ¹Versucht der Prüfling, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu eigenem oder fremdem Vorteil zu beeinflussen, wird seine Prüfungsleistung vom Aufgabensteller mit „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet. ²§ 11 Abs. 1, 3 und 5 JAPO gelten entsprechend.

(2) ¹Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. ²In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als „ungenügend“ (0 Punkte).

(3) Belastende Entscheidungen nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

§ 28 Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben und nicht geheilt werden können, ist auf Antrag des Prüflings oder von Amts wegen anzurufen, dass die Prüfung oder einzelne Teile von einem bestimmten oder von allen Prüflingen wiederholt werden.

(2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich beim Dekan oder beim Prüfer geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr von Amts wegen getroffen werden.

§ 29 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Hat der Prüfling bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann die Bewertung der Prüfungsleistung entsprechend § 27 Abs. 1 Satz 1 berichtigt werden.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Abnahme einer Teilprüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird der Mangel durch das Bestehen der Teilprüfung geheilt. ²Hat der Prüfling vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass er eine Teilprüfung ablegen konnte, so kann diese Teilprüfung als „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet werden.

(3) Dem Prüfling ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls durch einen Bescheid gem. § 25 Abs. 4 Satz 1 zu ersetzen. ²Nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Datum des Zeugnisses ist eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ausgeschlossen.

3. Hausarbeit

§ 30 Hausarbeiten

¹In jedem Studienjahr wird während der vorlesungsfreien Zeit mindestens je eine Hausarbeit im Privatrecht, im Öffentlichen Recht und im Strafrecht gestellt. ²Das Bestehen je einer Hausarbeit ist Voraussetzung für die Erteilung des Leistungsnachweises nach § 32 in dem entsprechenden Fach.

4. Hauptstudium

§ 31

Ziel, Inhalt, Zulassung

(1) ¹Das Hauptstudium dient dem weiterführenden Studium der Pflichtfächer, der Absolvierung der Übungen für Fortgeschrittene sowie dem Studium eines Schwerpunktbereichs. ²Die Lehrveranstaltungen des Hauptstudiums ergeben sich aus dem Studienplan (Anlage).

(2) Die Teilnahme an den Übungen für Fortgeschrittene setzt das Bestehen der Teilleistungen der Zwischenprüfung in dem betroffenen Fach voraus.

(3) Ausländische Studierende sind zum Hauptstudium zugelassen, wenn sie an einer ausländischen Universität ein zweijähriges Jurastudium erfolgreich absolviert und an der juristischen Fakultät der Universität Passau die Urkunde über Grundkenntnisse des deutschen Rechts nach der „Ordnung des Studiums und der Prüfung für eine Urkunde über Grundkenntnisse des deutschen Rechts der juristischen Fakultät der Universität Passau vom 29. Juli 1983“ bzw. nach der „Ordnung des Studiums und der Prüfung für eine Urkunde über Grundkenntnisse des deutschen Rechts der juristischen Fakultät der Universität Passau vom 5. August 2011“ in der jeweils geltenden Fassung erlangt haben.

§ 32

Übungen für Fortgeschrittene

(1) Ein Leistungsnachweis im Zivilrecht, Öffentlichen Recht und Strafrecht gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 JAPO wird erteilt, wenn in dem betreffenden Fach folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Erbringung der in den Abs. 2 bis 4 genannten besonderen Leistungen und
2. eine Hausarbeit (§ 30), die mindestens mit der Note „ausreichend“ bewertet worden ist.

(2) Besondere Leistungen im Zivilrecht:

Im Zivilrecht muss aus mindestens drei der Veranstaltungen Gesetzliche Schuldverhältnisse, Immobiliarsachenrecht, Familienrecht/Erbrecht, Europäisches Privatrecht und Übung zur Methodik der zivilrechtlichen Fallbearbeitung jeweils mindestens eine Klausur bestanden werden.

(3) Besondere Leistungen im Öffentlichen Recht:

Im Öffentlichen Recht müssen von den beiden Abschlussklausuren, die im Grundkurs Europarecht und Internationales sowie zum Abschluss der Vorlesungen Polizei-, Kommunal- und Baurecht gestellt werden, sowie von den in den Übungen im Öffentlichen Recht gestellten Klausuren insgesamt mindestens vier Klausuren bestanden werden, mindestens zwei davon in Übungen im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene, jeweils maximal eine im

Grundkurs Europarecht und Internationales II sowie zu den Vorlesungen Polizei-, Kommunal- und Baurecht.

(4) Besondere Leistungen im Strafrecht:

Im Strafrecht muss mindestens eine der beiden Abschlussklausuren der Lehrveranstaltungen entweder in Strafrecht III oder in Strafrecht IV mit mindestens „ausreichend“ bewertet werden.

(5) Die Bearbeitungszeit für die Abschlussklausuren und die Übungsklausuren beträgt im Zivilrecht in der Übung zur Methodik der zivilrechtlichen Fallbearbeitung einhundertzwanzig Minuten, im übrigen Zivilrecht jeweils neunzig Minuten, im Öffentlichen Recht und im Strafrecht durchgängig einhundertzwanzig Minuten.

(6) § 27 gilt entsprechend.

5. Abschlussstudium

§ 33 Abschlussstudium

¹Das Abschlussstudium dient der Wiederholung und Vertiefung der im Grund- und Hauptstudium vermittelten Kenntnisse. ²Die im Abschlussstudium angebotenen Veranstaltungen (insbesondere Examens- und Klausurenkurse) ergeben sich aus dem Studienplan (Anlage).

6. Studium im Schwerpunktbereich und Juristische Universitätsprüfung im Schwerpunktbereich

§ 34 Ziel des Studiums im Schwerpunktbereich

¹Das Studium im Schwerpunktbereich dient der Vertiefung und Spezialisierung in dem vom Studierenden gewählten Schwerpunktbereich, einschließlich der Belange der juristischen Praxis, insbesondere des Anwaltsberufs. ²Auch sollen in dieser Phase jedem Studierenden – bezogen auf seinen Schwerpunktbereich – die Schlüsselqualifikationen (§ 6 Abs. 2 Satz 3) vermittelt werden. ³Zu diesen Schlüsselqualifikationen gehören in internationalen und europäischen Fächern auch Kenntnisse der englischen Fachsprache.

§ 35 Inhalt der Schwerpunktbereiche

(1) ¹Der Schwerpunktbereich 1 besteht aus drei Teilbereichen, aus denen der Studierende frei kombinierbar zwei auswählen muss. ²Die Schwerpunktbereiche 2 bis 4, 6 bis 9 und 12 bis 28 sind jeweils in zwei Teilbereiche untergliedert.

³Schwerpunktbereiche mit den jeweiligen Teilbereichen sind:

1. Grundlagen des Rechts und des Staates
 - I. Römische und deutsche Rechtsgeschichte; Privatrechtsgeschichte der Neuzeit
 - II. Rechts- und Staatsideen der Neuzeit; Europäische Verfassungsgeschichte
 - III. Rechtssoziologie/Methodenlehre
2. Recht der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft
 - I. Völker- und Europarecht
 - II. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht
3. Nationales, europäisches und internationales öffentliches Wirtschaftsrecht
 - I. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht
 - II. Öffentliches Wirtschaftsrecht
4. Internationales Privat- und Handelsrecht
 - I. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
 - II. Internationale Handelsgeschäfte und internationale Streitbeilegung
5. Ausländisches Recht
6. Recht der internationalen Wirtschaft
 - I. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht
 - II. Internationale Handelsgeschäfte und internationale Streitbeilegung
7. Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht
 - I. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
 - II. Privates Wirtschaftsrecht
8. Informations- und Kommunikationsrecht
 - I. Allgemeines Medien- und Informationsrecht
 - II. Rechtsfragen des E-Government und E-Commerce
9. Gesellschafts- und Steuerrecht
 - I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht
 - II. Steuerrecht
10. (*aufgehoben*)
11. (*aufgehoben*)
12. Internationales Wirtschafts- und Steuerrecht
 - I. Steuerrecht
 - II. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht
13. Öffentliches Wirtschafts- und Steuerrecht
 - I. Steuerrecht
 - II. Öffentliches Wirtschaftsrecht
14. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht und öffentliches Wirtschaftsrecht

I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht
II. Öffentliches Wirtschaftsrecht

15. Internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

- I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht
- II. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht

16. Gesellschaftsrecht und Internationales Privatrecht

- I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht
- II. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung

17. Steuer- und Strafrecht

- I. Steuerrecht
- II. Vertieftes Strafprozess- und Strafrecht; Praxis der Strafverteidigung

18. Handels- und Wirtschaftsrecht

- I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht
- II. Privates Wirtschaftsrecht

19. Öffentliches und Privates Wirtschaftsrecht

- I. Öffentliches Wirtschaftsrecht
- II. Privates Wirtschaftsrecht

20. Rechtsdurchsetzung im Wirtschaftsrecht

- I. Grundlagen der Zivilrechtspflege
- II. Privates Wirtschaftsrecht

21. Rechtsdurchsetzung im Zivilrecht

- I. Grundlagen der Zivilrechtspflege
- II. Schwerpunkte der Zivilrechtsdurchsetzung

22. Zivilrechtspflege und Internationales Privatrecht

- I. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
- II. Schwerpunkte der Zivilrechtsdurchsetzung

23. Strafrechtspflege

- I. Kriminologie; Jugendstrafrecht; Strafvollzugsrecht; Forensische Psychiatrie
- II. Vertieftes Strafprozess- und Strafrecht; Praxis der Strafverteidigung

24. Straf- und Gesellschaftsrecht

- I. Vertieftes Strafprozess- und Strafrecht; Praxis der Strafverteidigung
- II. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

25. Strafrecht und Internationales

- I. Vertieftes Strafprozess- und Strafrecht; Praxis der Strafverteidigung
- II. Völker- und Europarecht

26. Arbeitsrecht

- I. Individualarbeitsrecht, Recht der sozialen Sicherheit und Arbeitsverfahrensrecht

II. Kollektives Arbeitsrecht

27. Common Law und Internationales Privatrecht

I. Common Law

II. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung

28. Common Law und Internationales Handelsrecht

I. Common Law

II. Internationale Handelsgeschäfte und internationale Streitbeilegung

(2) Der Inhalt des Schwerpunktbereichs „Ausländisches Recht“ (Abs. 1 Satz 3 Nr. 5) richtet sich nach den der als Anlage beigefügten Mustervereinbarung entsprechenden Vereinbarungen mit den ausländischen Partnerhochschulen.

(3) Die Curricula der Schwerpunktbereiche 1 bis 4, 6 bis 9 und 12 bis 28 sind dem als Anlage beigefügten Studienplan zu entnehmen.

(4) ¹Die Vorlesungen im Teilbereich „Common Law“ werden in englischer Sprache abgehalten. ²Auch im Übrigen können geeignete Vorlesungen der Schwerpunktbereiche in englischer Sprache abgehalten werden.

§ 36

Zweck der Juristischen Universitätsprüfung

Im Rahmen der Juristischen Universitätsprüfung soll der Studierende zeigen, dass er die Prüfungsgebiete des von ihm gewählten Schwerpunktbereichs beherrscht und somit über vertiefte Kenntnisse in einem wesentlichen Teilbereich der Rechtswissenschaft verfügt.

§ 37

Prüfungsleistungen der Juristischen Universitätsprüfung

(1) Die Juristische Universitätsprüfung besteht aus folgenden drei Teilprüfungen:

1. einer studienbegleitenden Leistungskontrollklausur im Sinne von Abs. 4 (§ 40 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Satz 3 JAPO);
2. einer schriftlichen Arbeit im Rahmen eines Seminars aus dem gewählten Schwerpunktbereich (§ 40 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Satz 3 JAPO) und, soweit der Bewerber hierzu zugelassen wird,
3. einer mündlichen Prüfung i.S. von Abs. 3 als studienabschließender Leistung (§ 40 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 JAPO);

(2) Die Teilprüfungen gem. Abs. 1 Nrn. 1 und 2 sind aus jeweils unterschiedlichen Teilbereichen eines Schwerpunktbereiches (§ 35 Abs. 1) zu absolvieren.

(3) ¹Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf alle obligatorischen Prüfungsgebiete des gewählten Schwerpunktbereichs (s. die Curricula im als Anlage beigefügten Studienplan).

²Sie wird von zwei Prüfern abgenommen, von denen jeder etwa 12,5 Minuten prüft.

(4) ¹Studienbegleitende Leistungskontrollklausuren im Sinne des Abs. 1 Nr. 1 erstrecken sich auf alle angebotenen obligatorischen Prüfungsgebiete des Teilbereichs. ²Die Bearbeitungszeit beträgt einhundertachtzig Minuten.

(5) ¹Die Prüfungsteilnehmer dürfen bei der Ablegung der Teilprüfungen der Juristischen Universitätsprüfung gem. Abs. 1 Nrn. 1 und 3 nur die vom Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung zugelassenen Hilfsmittel benützen. ²Diese sind selbst zu beschaffen.

(6) ¹Prüfungssprache ist Deutsch. ²Im Teilbereich „Common Law“ ist die Prüfungssprache Englisch.

(7) Für den Schwerpunktbereich „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5) gelten hinsichtlich der Prüfungsleistungen der Juristischen Universitätsprüfung die Besonderheiten, die sich aus den Vereinbarungen (§ 35 Abs. 2) mit den ausländischen Partnerhochschulen ergeben.

§ 38 Einzel- und Gesamtnoten

Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen sowie für die Prüfungsgesamtnote (§ 47) gilt § 4 JAPO.

§ 39 Prüfungsorgan

(1) ¹In der Juristischen Fakultät wird ein Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung gebildet, der für die Organisation und Durchführung der Juristischen Universitätsprüfung verantwortlich ist und die hierzu notwendigen Entscheidungen trifft, soweit nichts anderes bestimmt ist. ²Das Zentrale Prüfungssekretariat unterstützt den Prüfungsausschuss bei der organisatorischen und verwaltungsmäßigen Abwicklung der Prüfungen.

(2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung ist für den ordnungsgemäßen Ablauf der Juristischen Universitätsprüfung verantwortlich.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern aus dem Kreise der Professoren. ²Der Fakultätsrat bestellt die Mitglieder des Ausschusses und zwei Ersatzmitglieder aus dem Kreis der Professoren. ³Die Amtszeit beträgt drei Jahre. ⁴Wiederbestellung ist möglich. ⁵Des Weiteren ist aus dem Kreis der wissenschaftlichen Assistenten oder der hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiter ein Vertreter mit beratender Stimme zu bestellen.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. ²Der Prüfungsausschuss kann seine Entscheidungsbefugnis widerrufenlich auf den Vorsitzenden übertragen. ³Im Übrigen ist der Vorsitzende befugt, unaufschiebbare

Entscheidungen an Stelle des Prüfungsausschusses allein zu treffen.⁴ Hierüber hat er den Prüfungsausschuss ohne Verzug zu informieren.

§ 40 Prüfer

¹Als Prüfer für die Juristische Universitätsprüfung können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz und der Hochschulprüferverordnung in den jeweils geltenden Fassungen zur Abnahme von Hochschulprüfungen Befugten bestellt werden. ²Die Bestellung erfolgt durch den Prüfungsausschuss.

§ 41 Zeitpunkt der Prüfung

(1) ¹An den Teilprüfungen der Juristischen Universitätsprüfung (§ 37 Abs. 1) ist so rechtzeitig teilzunehmen, dass die Juristische Universitätsprüfung bis zum Ende des 9. Fachsemesters abgeschlossen sein kann (Regelfrist). ²Die Regelfrist darf höchstens um eine Frist von vier Semestern überschritten werden. ³Als Fachsemester gelten alle Semester, in denen der Studierende für Rechtswissenschaften immatrikuliert war, ohne beurlaubt zu sein.

(2) ¹Überschreitet der Studierende die Frist des Abs. 1 Satz 2 aus von ihm zu vertretenden Gründen, gelten die nicht fristgerecht abgelegten Teilleistungen im Rahmen der Juristischen Universitätsprüfung als abgelegt und mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet (Art. 61 Abs. 6 Satz 3 BayHSchG). ²Nicht zu vertretende Gründe, die ein Überschreiten dieser Frist rechtfertigen sollen, sind unverzüglich schriftlich beim Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung geltend und glaubhaft zu machen. ³Bei Krankheit ist ein ärztliches Attest vorzulegen, das grundsätzlich auf einer Untersuchung beruhen muss, die am Tag der geltend gemachten Prüfungsunfähigkeit erfolgt ist. ⁴In begründeten Zweifelsfällen kann der Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung zusätzlich ein amtsärztliches Zeugnis verlangen. ⁵Über die Anerkennung der Gründe sowie die Dauer einer Fristverlängerung entscheidet der Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung. ⁶Hierüber ergeht ein schriftlicher Bescheid, der im Fall der Ablehnung zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

§ 42 Zulassung zum Studium im Schwerpunktbereich; Wahl und Wechsel eines Schwerpunktbereichs

(1) Die Zulassung zum Studium im Schwerpunktbereich kann beantragen, wer im Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Passau immatrikuliert ist, in mindestens zwei der drei Bereiche (Privatrecht, Öffentliches Recht, Strafrecht) die jeweils erforderlichen Zwischenprüfungsleistungen erfolgreich erbracht hat und in jedem der drei Bereiche mindestens eine Grundkursklausur bestanden hat (§ 25 Abs. 2 Nr. 1).

(2) ¹Der Antrag erfolgt schriftlich an den Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung. ²Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung legt für die Zulassung zum Wintersemester einheitliche Termine für die

Anträge im Sinn von Satz 1 fest (erstes Verfahren) und macht diese jeweils durch Aushang am Dekanat oder auf den Internetseiten der Fakultät bekannt.³ Der Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung kann vorsehen, dass Anträge im Sinn von Satz 1 zusätzlich in anderer Weise, insbesondere in elektronischer oder Textform, gestellt werden können.

(3) Dem Antrag auf Zulassung sind beizufügen:

1. der Nachweis über das Vorliegen der in Abs. 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen;
2. eine Erklärung darüber, welcher Schwerpunktbereich gewählt wird; bei Wahl des Schwerpunktbereiches 1 sind zusätzlich die gewählten Teilbereiche anzugeben;
3. eine Erklärung darüber, ob für den Fall, dass zu dem gewählten Schwerpunktbereich aufgrund der Zugangsbegrenzung kein Zugang besteht (§ 42a), die Zulassung zum Schwerpunktbereichsstudium für einen anderen Schwerpunktbereich beantragt wird; in diesem Fall können unter Angabe einer Rangfolge bis zu drei weitere Schwerpunktbereiche gewählt werden;
3. eine Erklärung darüber,
 - ob und welche Teilprüfungen der Juristischen Universitätsprüfung oder welche vergleichbaren Studien- und Prüfungsleistungen bereits an einer anderen Universität abgelegt worden sind und
 - ob die Zwischenprüfung oder die Juristische Universitätsprüfung oder die Erste Juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden wurde.

(4) ¹Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. die nach Abs. 1 vorgeschriebenen Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind,
2. die Unterlagen nach Abs. 2 und 3 nicht vollständig sind,
3. die Zwischenprüfung oder die Juristische Universitätsprüfung oder die Erste Juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden wurde oder
4. nur Schwerpunktbereiche gewählt wurden (Abs. 3 Nr. 3), für die die Zugangsbegrenzung eingreift und zum Ausschluss des betreffenden Studierenden führt (§ 42a Abs. 1 und 4 bis 6).

²Im Falle einer ablehnenden Entscheidung ergeht ein schriftlicher Bescheid. ³Dieser ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(5) ¹Erfolgt die Zulassung zum Studium im Schwerpunktbereich in einem anderen als dem mit erster Wahl angegebenen Schwerpunktbereich (Abs. 3 Nr. 3 i.V.m. § 42a), ergeht ein schriftlicher Bescheid. ²Dieser ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(6) ¹Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung legt für die Zulassung zum Wintersemester (zweites Verfahren) und für die Zulassung zum darauf folgenden Sommersemester (drittes Verfahren) zusätzliche einheitliche Termine für die Anträge auf Zulassung zum Studium im Schwerpunktbereich fest. ²Die Termine sind jeweils durch Aushang am Dekanat oder auf den Internetseiten der Fakultät bekannt zu machen. ³Abs. 1, Abs. 2 Sätze 1 und 3, Abs. 3 bis 5 und § 42a gelten für das zweite und das dritte Verfahren mit der Maßgabe, dass die Zahl der verfügbaren Plätze in den einzelnen Schwerpunktbereichen durch die Zulassungen im Rahmen vorheriger Verfahren reduziert ist.

(7) ¹Der Schwerpunktbereich, bei Absolvieren des Schwerpunktbereiches 1 auch einer der Teilbereiche, und im Falle des Schwerpunktbereichs „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5) auch das Land oder die Universität, an der die Schwerpunktausbildung durchgeführt werden soll, können durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Prüfungsausschuss einmal gewechselt werden. ²Hinsichtlich der Termine und der Regeln über die Zulassung ist die Wechselerklärung wie eine erstmalige Anmeldung zu behandeln.

§ 42a Zugangsbeschränkung

(1) Überschreitet die Gesamtzahl der Bewerbungen für einen Schwerpunktbereich die Aufnahmekapazität nach Abs. 2 und macht einer der Dozenten von seinem Kapazitätsvorbehalt Gebrauch (Abs. 3 Satz 3), begrenzt der Prüfungsausschuss nach Maßgabe der Abs. 4 bis 7 den Zugang zu dem betroffenen Schwerpunktbereich.

(2) ¹Die stets auszuschöpfende Aufnahmekapazität eines Schwerpunktbereichs entspricht der in den beiden Folgesemestern in diesem Schwerpunktbereich zur Verfügung stehenden Zahl von Seminarplätzen. ²Dabei sind für die Zwecke der Berechnung der Aufnahmekapazität für jedes Seminar 15 Seminarplätze anzusetzen. ³Soweit Seminare thematisch mehreren Schwerpunktbereichen zugeordnet sind, sind die Plätze dieser Seminare zu gleichen Teilen auf diese Schwerpunktbereiche aufzuteilen.

(3) ¹Überschreitet die Gesamtzahl der Bewerbungen für die von einem Dozenten betreuten Teilbereiche (§ 35 Abs. 1 Sätze 1 und 2) in allen Schwerpunktbereichen, in denen der Dozent tätig ist, den Betrag von 45 („Grenzwert“), ist der Dozent zunächst in der Weise zu entlasten, dass die den Grenzwert überschreitende Zahl von Studierenden denjenigen Dozenten zugeordnet werden, die innerhalb der gleichen Schwerpunktbereiche in den gleichen Teilbereichen tätig sind. ²Dabei darf der Grenzwert auch für diese Dozenten nicht überschritten werden. ³Wird der Grenzwert auch nach dieser Entlastung überschritten, kann der Dozent gegenüber dem Prüfungsausschuss den Kapazitätsvorbehalt erklären. ⁴In Teilbereichen, in denen noch weitere Dozenten tätig sind, werden die Studierenden bei der Ermittlung des Grenzwerts nur anteilig gezählt.

(4) ¹Ist der Dozent im Falle einer vom Prüfungsausschuss gemäß Abs. 1 ausgesprochenen Zugangsbeschränkung nur in einem Schwerpunktbereich tätig, dann ist die Zugangsbeschränkung nach Maßgabe der folgenden Sätze durchzuführen. ²Für die Zahl der Studienplätze in dem betreffenden Schwerpunktbereich ist Abs. 2 maßgeblich; die Zahl erhöht sich jedoch bis zur Erreichung des Grenzwerts des betroffenen Dozenten gemäß Abs. 3. ³Die sich danach ergebende Zahl von Studienplätzen in dem betreffenden

Schwerpunktbereich wird zunächst zur Hälfte nach dem Durchschnitt der gleich gewichteten Leistungen in den Grundkursklausuren der Zwischenprüfung im Privatrecht, Öffentlichen Recht und Strafrecht (§§ 23 Abs. 1 Nr. 1, 25 Abs. 2 Nr. 1) vergeben; die verbleibenden Plätze werden nach Los vergeben.⁴ Bei einer ungeraden Zahl von Plätzen wird der zusätzliche Platz ebenfalls nach dem Leistungskriterium vergeben.⁵ Sind in einem Gebiet (Privatrecht, Öffentliches Recht, Strafrecht) beide Klausuren geschrieben worden, wird nur die bessere berücksichtigt.⁶ Ergibt sich bei Anwendung des Leistungskriteriums für mehrere Bewerber der gleiche Notenschnitt, dann entscheidet zwischen ihnen das Los.⁷ Für Studierende, die von einer anderen Universität nach Passau wechseln, sind im Rahmen des Leistungskriteriums die für die Anerkennung (§ 22) als Zwischenprüfungsleistungen relevanten Klausurleistungen aus den drei Bereichen Privatrecht, Öffentliches Recht und Strafrecht maßgeblich; bei mehreren Klausurleistungen innerhalb eines Bereichs wird nur die bessere berücksichtigt.⁸ Die Vergabe der Plätze erfolgt durch den Prüfungsausschuss.

(5) ¹Ist der Dozent im Falle einer vom Prüfungsausschuss gemäß Abs. 1 ausgesprochenen Zugangsbeschränkung in mehreren Schwerpunktbereichen tätig, dann gilt Abs. 4 mit folgender Maßgabe: Die Zugangsbeschränkung wird für jeden dieser Schwerpunktbereiche in Höhe des Anteils wirksam, den die Anmeldungen zu dem einzelnen Schwerpunktbereich an der Gesamtzahl der Anmeldungen zu allen betroffenen Schwerpunktbereichen dieses Dozenten haben. ²Dabei darf die nach Abs. 2 im jeweiligen Schwerpunktbereich zur Verfügung stehende Zahl von Seminarplätzen nicht unterschritten werden.

(6) ¹Studierende, die auf ihre zweite Wahl (§ 42 Abs. 3 Nr. 3 Halbsatz 2) verwiesen werden, werden erst nach denjenigen berücksichtigt, die bereits über ihre erste Wahl für den betreffenden Schwerpunktbereich zugelassen worden sind. ²Wird die Aufnahmekapazität nach Abs. 2 erst durch die Zahl der Studierenden überschritten, die den jeweiligen Schwerpunktbereich als zweite Wahl bestimmt haben, ist mit ihnen gemäß den Abs. 2 bis 5 zu verfahren. ³Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die folgenden Ränge.

(7) Der Prüfungsausschuss stellt insgesamt sicher, dass die Gesamtzahl der Seminarplätze in allen Schwerpunktbereichen nicht geringer ist als die Gesamtzahl der Bewerber.

§ 43

Studienbegleitende Leistungsnachweise:

Angebot, Bekanntgabe der Termine, Zulassung, Wiederholung und Anrechnung

(1) Es wird sichergestellt, dass pro Studienjahr pro Teilbereich mindestens eine studienbegleitende Leistungskontrollklausur (§ 37 Abs. 1 Nr. 1) und mindestens ein Seminar (§ 37 Abs. 1 Nr. 2) für jeden Schwerpunktbereich angeboten werden.

(2) ¹Welche studienbegleitenden Leistungsnachweise angeboten werden und gegebenenfalls zu welchen Terminen sie stattfinden, wird zu Beginn der Vorlesungszeit eines jeden Semesters durch Aushang am Dekanat oder auf den Internetseiten der Fakultät bekannt gegeben. ²Die Aufgabenstellung wird durch den für die Veranstaltung verantwortlichen Dozenten (Aufgabensteller) vorgenommen. ³Abweichend von Satz 1 kann das Angebot von Seminaren im Sinn von § 37 Abs. 1 Nr. 2 bereits in der Vorlesungszeit des Semesters, das der Ablegung des Leistungsnachweises vorangeht, durch Aushang am Dekanat oder auf den Internetseiten der Fakultät bekannt gegeben werden; in diesem Fall werden Zulassungsanträge

(Abs. 3), die nach dem vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung festgelegten und bekannt gemachten Termin gestellt werden, nur berücksichtigt, soweit in dem jeweiligen Seminar Kapazitäten vorhanden sind.

(3) ¹Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung legt Termine für die Anträge auf Zulassung zu den Leistungen im Sinn des § 37 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 fest und macht diese durch Aushang am Dekanat oder auf den Internetseiten der Fakultät bekannt. ²Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung zu richten. ³Der Schwerpunktbereich, die Art der Prüfung (Seminar, studienbegleitende Leistungskontrollklausur) und die genaue Bezeichnung der Veranstaltung sind im Antrag zu nennen. ⁴Gleichzeitig mit den Fristen für die Zulassungsanträge legt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine Frist für die Rücknahme des Antrags auf Zulassung zur Klausur fest. ⁵Bei schuldloser Versäumung dieser Frist kann auf Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden. ⁶Der Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung kann vorsehen, dass der Antrag auf Zulassung oder der Rücktritt zusätzlich in anderer Weise, insbesondere in elektronischer Form oder Textform, erklärt werden können.

(4) ¹Nicht mit mindestens „ausreichend“ (4,0 Punkten) bewertete Leistungen im Sinne von § 37 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 können je einmal wiederholt werden. ²Als Wiederholung ist auch die Absolvierung einer Leistung im Sinn von § 37 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 aus einem anderen Schwerpunktbereich anzusehen, nachdem der Schwerpunktbereich oder, im Falle des Schwerpunktbereiches „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5), das Land oder die Universität, an der die Schwerpunktausbildung durchgeführt wird, gewechselt worden ist. ³Wiederholungsprüfungen sollen zum nächstmöglichen Termin abgelegt werden; § 26 Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend. ⁴Meldet sich ein Studierender nicht rechtzeitig zur Wiederholungsprüfung oder tritt er zu einer Wiederholungsprüfung, zu der er sich gemeldet hat, nicht an, so gilt die Wiederholungsprüfung als abgelegt und mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet. ⁵Beruht die nicht rechtzeitige Meldung oder das Nichtantreten zur Wiederholungsprüfung auf Gründen, die der Studierende nicht zu vertreten hat, finden § 41 Abs. 2 Sätze 2 bis 6 entsprechend Anwendung.

(5) ¹Leistungen im Sinn von § 37 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 aus einem anderen als dem gewählten Schwerpunktbereich werden ganz oder teilweise anerkannt, soweit keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse) bestehen. ²Vergleichbare Semesterabschlussklausuren sowie schriftliche Seminararbeiten, die im Studiengang Rechtswissenschaft an einer anderen inländischen Universität bestanden wurden, werden anerkannt, es sei denn, es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse).

(6) Abs. 5 gilt entsprechend für die Anrechnung von studienbegleitenden Leistungskontrollen aus verschiedenen Schwerpunktbereichen, wenn der Studierende den Schwerpunktbereich oder, im Falle des Schwerpunktbereiches „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5), das Land oder die Universität, an der die Schwerpunktausbildung durchgeführt wird, gewechselt hat.

(7) ¹Der Nachweis von für die Juristische Universitätsprüfung gemäß §§ 34 ff. vorgesehenen Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen wird in der Regel auch erbracht durch entsprechende Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder an ausländischen Hochschulen, außer, es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse). ²Gleiches gilt für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von sonstigen Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nrn. 1 und 2 BayHSchG, in speziellen Studienangeboten nach Art. 47 Abs. 3 Satz 1 Bay HSchG oder an der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht worden sind. ³Art. 42 Abs. 3 BayHSchG bleibt hiervon unberührt. ⁴Satz 1 findet entsprechend Anwendung auf Studienzeiten und Studien- sowie Prüfungsleistungen, die in einem anderen als dem in dieser Studien- und Prüfungsordnung geregelten Studiengang an der Universität Passau erbracht wurden.

(8) ¹Für die Feststellung der Gleichwertigkeit von Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. ²Soweit Äquivalenzvereinbarungen oder Absprachen zwischen Hochschulen nicht vorliegen, entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung im Einvernehmen mit den zuständigen Fachvertretern. ³Bei Zweifel an der Gleichwertigkeit kann die Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen gehört werden.

(9) ¹Kompetenzen, die im Rahmen sonstiger weiterbildender Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 3 Bay HSchG oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, werden angerechnet, wenn sie gleichwertig sind. ²Bei der Anrechnung dürfen außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen höchstens die Hälfte des Hochschulstudiums ersetzen.

(10) ¹Ein Antrag auf Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen ist spätestens mit Antrag auf Zulassung nach Abs. 3 Satz 2 schriftlich unter Beifügung der entsprechenden Unterlagen an das Zentrale Prüfungssekretariat zu richten. ²Die Entscheidung trifft der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung im Einvernehmen mit den zuständigen Fachvertretern.

(11) ¹Werden Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit erforderlich nach Umrechnung in das Notensystem der Universität Passau – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ²Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig. ³Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen.

(12) Für die studienbegleitenden Leistungsnachweise im Schwerpunktbereich „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5) gelten die Besonderheiten, die sich aus den Vereinbarungen (§ 35 Abs. 2) mit den ausländischen Partnerhochschulen ergeben.

§ 44
Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für alle einzelnen Prüfungsleistungen (Einzelnoten) werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt.

(2) ¹Die Prüfungsleistung nach § 37 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 ist in der Regel durch einen vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung zu bestimmenden Prüfer zu bewerten. ²Ein zweiter Prüfer muss bestellt werden, wenn der erste Prüfer die Prüfungsleistung mit „ungenügend“ (0 Punkte) oder „mangelhaft“ (1 bis 3 Punkte) bewertet hat. ³Die Note errechnet sich dann aus dem ungerundeten Durchschnitt der Bewertungen der beiden Prüfer. ⁴Satz 2 findet bei der Bewertung von Prüfungsleistungen nach § 10a keine Anwendung.

§ 45
**Mitteilung der Ergebnisse der schriftlichen Teilprüfungen,
Zulassung zur mündlichen Prüfung**

(1) ¹Wer an den schriftlichen Teilprüfungen der Juristischen Universitätsprüfung teilgenommen hat, ist zur mündlichen Prüfung zuzulassen. ²§ 42 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 gilt entsprechend. ³Wer nach Satz 2 nicht zur mündlichen Prüfung zugelassen ist, hat die Juristische Universitätsprüfung nicht bestanden.

(2) Die Einzelnoten sowie die sich nach Abs. 1 ergebenden Rechtsfolgen werden den Prüfungsteilnehmern schriftlich bekannt gegeben.

(3) Für die Meldung gilt § 43 Abs. 3 entsprechend.

(4) ¹Im Falle einer Wiederholung zählt nur die besser bewertete Teilprüfung, bei gleichen Bewertungen die frühere. ²Die Rechtsfolgen erfolgreicher Teilprüfungen bleiben unberührt.

§ 46
Durchführung und Bewertung der mündlichen Prüfung

(1) ¹Die mündliche Prüfung von insgesamt etwa 25 Minuten erstreckt sich auf alle Gebiete des gewählten und zu prüfenden Schwerpunktbereichs (s. Curricula im als Anlage beigefügten Studienplan). ²Die Prüfung ist vorwiegend Verständnisprüfung.

(2) ¹Die mündliche Prüfung wird von zwei Prüfern abgenommen, von denen jeder etwa 12,5 Minuten prüft. ²Zu jedem Zeitpunkt der Prüfung müssen beide Prüfer anwesend sein. ³Jeder der beiden Prüfer soll jeweils einen unterschiedlichen Teilbereich des Schwerpunktbereichs (§ 35 Abs. 1) prüfen. ⁴Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung bestimmt einen der beiden Prüfer zum Vorsitzenden der Kommission für die mündliche Prüfung.

(3) ¹Die Bewertung der Leistungen in den Gebieten, die gemäß Abs. 2 Satz 3 Gegenstand der mündlichen Prüfung sind, wird von den Prüfern gemeinsam beraten. ²Jeder Prüfer gibt eine

Bewertung für die Gesamtprüfung ab.³ Kommen die Prüfer zu unterschiedlichen Bewertungen, so ist aus den beiden Bewertungen die Summe zu bilden und durch zwei zu dividieren; die Note wird nicht gerundet.

(4) ¹Abweichend von Abs. 1 bis 3 kann die mündliche Prüfung in zwei Teilprüfungen zu jeweils etwa 12,5 Minuten stattfinden, die sich jeweils auf alle Gebiete eines der beiden Teilbereiche (s. Curricula im als Anlage beigefügten Studienplan) des zu prüfenden Schwerpunktbereichs erstrecken und von jeweils einem Prüfer abgenommen werden.² Für die Teilprüfungen ist neben einem Prüfer ein sachkundiger Beisitzer zu bestellen.³ In Abweichung von Abs. 3 Satz 2 ist Gegenstand der Bewertung nur die Leistung in der jeweiligen Teilprüfung.⁴ Die Note der mündlichen Prüfung errechnet sich in diesem Fall aus dem ungerundeten Durchschnitt der Bewertungen der beiden Teilprüfungen.

(5) Die mündliche Prüfung kann zur Notenverbesserung einmalig wiederholt werden, wenn die Voraussetzungen des § 51 vorliegen.

(6) Für die Durchführung und Bewertung der mündlichen Prüfung im Rahmen des Schwerpunktbereichs „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5) gelten die Besonderheiten, die sich aus den Vereinbarungen (§ 35 Abs. 2) mit den ausländischen Partnerhochschulen ergeben.

§ 47

Bildung einer Prüfungsgesamtnote der Juristischen Universitätsprüfung im Schwerpunktbereich; Prüfungsgesamtnote der Ersten Juristischen Prüfung

(1) ¹Die Juristische Universitätsprüfung ist nicht bestanden, wenn die Prüfungsgesamtnote der Juristischen Universitätsprüfung schlechter als „ausreichend“ (weniger als 4,0 Punkte) ist.² In die Prüfungsgesamtnote fließen die Ergebnisse der Teilprüfungen nach § 37 Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 3 ein.³ Die studienbegleitende Leistungskontrollklausur und die schriftliche Seminararbeit sind jeweils mit 30 v. H., das Ergebnis der mündlichen Prüfung mit 40 v. H. zu zählen.⁴ § 45 Abs. 4 gilt entsprechend; die Prüfungsgesamtnote wird gegebenenfalls neu festgesetzt.⁵ § 43 Abs. 5 bis 9 bleiben unberührt.

(2) ¹Im Schwerpunktbereich „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5) setzt der Prüfungsausschuss die Prüfungsgesamtnote der Juristischen Universitätsprüfung fest.² Sofern die ausländische Hochschule eine andere Notenskala, als in § 38 bestimmt wird, verwendet, ist zuerst eine Gesamtnote entsprechend Abs. 1 Satz 3 zu bilden, die sodann in eine Note, wie sie § 38 vorsieht, umzuwandeln ist.

(3) ¹Das Zentrale Prüfungssekretariat übersendet dem Landesjustizprüfungsamt nach erfolgreicher Ablegung der Juristischen Universitätsprüfung einen Originalabdruck der Bescheinigung über die Prüfungsgesamtnote der Juristischen Universitätsprüfung zur Anfertigung des Zeugnisses nach § 17 Abs. 1 Satz 4 JAPO durch das Landesjustizprüfungsamt.² Für die Bildung der Prüfungsgesamtnote der Ersten Juristischen Prüfung gilt § 17 Abs. 1 Satz 2 JAPO.

(4) Ist die Juristische Universitätsprüfung endgültig nicht bestanden, so übersendet das Zentrale Prüfungssekretariat an das Landesjustizprüfungsamt einen Originalabdruck des Bescheids über das Nichtbestehen der Juristischen Universitätsprüfung.

§ 48

Ausschluss von der Teilnahme, Rücktritt und Versäumnis, Verhinderung, Unzumutbarkeit, Unterschleif, Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Ergänzend zu § 41 Abs. 2 gelten § 8 Abs. 1 bis 3 und §§ 9 bis 12 JAPO mit folgender Maßgabe entsprechend:

- an die Stelle der Staatsprüfung tritt die Juristische Universitätsprüfung;
- an die Stelle des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses für die Staatsprüfung tritt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung;
- an die Stelle des Landesjustizprüfungsamtes tritt der Prüfungsausschuss für die Juristische Universitätsprüfung;
- an die Stelle des schriftlichen Teils der Staatsprüfung tritt der schriftliche Teil (§ 37 Abs. 1 Nrn. 1 und 2) der Juristischen Universitätsprüfung;
- für den Nachweis der Verhinderung an der Prüfungsteilnahme gilt folgende Regelung: Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Prüfungskandidaten ist ein ärztliches Attest vorzulegen, das grundsätzlich auf einer Untersuchung beruhen muss, die am Tag der geltend gemachten Prüfungsunfähigkeit erfolgt ist. Der notwendige Inhalt eines solchen Attestes wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses durch Aushang bekannt gegeben. In begründeten Zweifelsfällen kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses zusätzlich ein amtsärztliches Zeugnis verlangen;
- im Falle des Rücktritts oder der Versäumnis der mündlichen Prüfung (§ 9 Abs. 5 JAPO) gilt diese als abgelegt und mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet;
- § 10 Abs. 4 JAPO findet keine Anwendung.

(2) ¹Bei Verhinderung (§ 10 Abs. 1 JAPO) oder Unzumutbarkeit (§ 10 Abs. 6 JAPO) ist eine nicht oder nicht vollständig abgelegte mündliche Prüfung in vollem Umfang an einem vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung zu bestimmenden Termin nachzuholen. ²Das Studium ist bis zu diesem Termin fortzusetzen. ³Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn die mündliche Prüfung oder ein Teil von ihr im Zustand der Prüfungsunfähigkeit (§ 10 Abs. 5 JAPO) abgelegt worden ist.

§ 49

Mitteilung der Prüfungsergebnisse

(1) ¹Die Note der mündlichen Prüfung und die Prüfungsgesamtnote der Juristischen Universitätsprüfung werden von den Prüfern der mündlichen Prüfung in unmittelbarem Anschluss an die mündliche Prüfung mitgeteilt. ²Damit ist die Juristische Universitätsprüfung abgelegt.

(2) Im Falle des Schwerpunktbereichs „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5) teilt der Prüfungsausschuss die Einzelnoten sowie die Prüfungsgesamtnote schriftlich mit.

(3) ¹Wer die Juristische Universitätsprüfung bestanden hat, erhält eine Bescheinigung, aus der die Bezeichnung des Schwerpunktbereiches sowie die Prüfungsgesamtnote der Juristischen Universitätsprüfung im Schwerpunktbereich nach Notenstufe und Punktwert ersichtlich sind. ²Den Prüfungsteilnehmern, die die Prüfung nicht bestanden haben, wird dies schriftlich bekannt gegeben. ³Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 50

Wiederholung der mündlichen Prüfung

(1) ¹Die mündliche Prüfung (§ 37 Abs. 1 Nr. 3) kann einmal wiederholt werden (§ 40 Abs. 2 Satz 1 JAPO), wenn sie schlechter als mit „ausreichend“ (4,0 Punkten) bewertet wurde. ²Eine weitere Wiederholung ist auch nach erneutem Studium nicht möglich (§ 40 Abs. 2 Satz 2 JAPO).

(2) ¹Die Meldung (§ 45 Abs. 3) zur Wiederholungsprüfung hat in dem auf den ersten Versuch folgenden Semester zu erfolgen, sofern nicht dem Studierenden wegen von ihm nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wird; die Frist wird durch Beurlaubung oder Exmatrikulation nicht unterbrochen. ²Meldet sich ein Studierender nicht rechtzeitig zur Wiederholungsprüfung oder tritt er zu einer Wiederholungsprüfung, zu der er sich gemeldet hat, nicht an, so gilt die Wiederholungsprüfung als abgelegt und mit der Note „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet. ³Beruht die nicht rechtzeitige Meldung oder das Nichtantreten zur Wiederholungsprüfung auf Gründen, die der Studierende nicht zu vertreten hat, finden § 41 Abs. 2 Sätze 2 bis 6 entsprechend Anwendung.

§ 51

Freiversuch und Notenverbesserung

¹Hinsichtlich des Freiversuches und der Notenverbesserung im Rahmen der Juristischen Universitätsprüfung findet § 41 JAPO Anwendung. ²Für die erneute Prüfung gilt § 50 Abs. 2 mit der Maßgabe, dass die nach § 41 JAPO mögliche weitere Wiederholungsprüfung der studienabschließenden Leistung (§ 37 Abs. 1 Nr. 3) nicht vor dem schriftlichen Teil des Freiversuchs der Ersten Juristischen Staatsprüfung abgelegt werden kann.

7. Gemeinsame Bestimmungen

§ 52 Einsicht in die Prüfungsakten

Das Recht auf Einsicht in die bewerteten Prüfungsarbeiten und in die Prüfungsprotokolle bestimmt sich nach den Regelungen des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.

§ 53 Schutzfristen und Nachteilsausgleich

(1) Zeiten der Inanspruchnahme von Schutzfristen des Gesetzes zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz – MuSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBI I S. 2318) in der jeweils geltenden Fassung sowie die Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) vom 5. Dezember 2006 (BGBI I S. 2748) in der jeweils geltenden Fassung im Hinblick auf die Regelungen zur Elternzeit sind bei der Berechnung sämtlicher Fristen nach dieser Studien- und Prüfungsordnung zu berücksichtigen.

(2) ¹Auf die besondere Lage von Kandidaten mit Behinderung ist zur Wahrung der Chancengleichheit in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen. ²Insbesondere ist Kandidaten mit Behinderung, wenn die Art der Behinderung es rechtfertigt, eine Verlängerung der Bearbeitungszeit für schriftliche Prüfungsteile von bis zu einem Viertel zu gewähren. ³In Fällen besonders weitgehender Prüfungsbehinderung kann auf Antrag die Bearbeitungszeit noch weiter verlängert werden. ⁴Neben oder an Stelle einer Verlängerung der Bearbeitungszeit kann ein anderer angemessener Ausgleich gewährt werden, soweit dieser den Wettbewerb nicht beeinträchtigt. ⁵Macht der Studierende durch ärztliches Attest glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die schriftliche Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat der Dekan bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen. ⁶Prüfungsvergünstigungen werden nur auf schriftlichen Antrag gewährt. ⁷Dem Antrag sind gegebenenfalls geeignete Nachweise beizufügen. ⁸In begründeten Zweifelsfällen kann der Dekan bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung zusätzlich ein amtsärztliches Zeugnis verlangen. ⁹Über den Antrag entscheidet der Dekan bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Juristische Universitätsprüfung.

§ 53a Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung in einem Prüfungsorgan sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG in Verbindung mit Art. 20 und 21 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG).

(2) Die Pflicht der Mitglieder eines Prüfungsorgans, der Prüfer sowie sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchG.

3. Teil Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 54 Übergangsregelungen

(1) ¹Für Studierende, die ihr Studium vor dem Tag des In-Kraft-Tretens dieser Studien- und Prüfungsordnung aufgenommen haben und spätestens zur Ersten Juristischen Staatsprüfung 2006/2 erstmals zugelassen werden, finden weiterhin die Studienordnung der Universität Passau für das Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss Erste Juristische Staatsprüfung vom 20. September 2000 (KWMBI II 2001 S. 715), zuletzt geändert durch Satzung vom 3. März 2003 (KWMBI II S. 1856), sowie die Zwischenprüfungsordnung der Universität Passau für den Studiengang Rechtswissenschaft vom 8. September 2000 (KWMBI II 2001 S. 696), geändert durch Satzung vom 27. November 2001 (KWMBI II 2002 S. 1508), Anwendung. ²Ab dem Prüfungstermin der Ersten Juristischen Staatsprüfung 2009/1 gelten ausschließlich die Vorschriften dieser Studien- und Prüfungsordnung.

(2) § 15 Abs. 2 der Zwischenprüfungsordnung der Universität Passau für den Studiengang Rechtswissenschaft vom 8. September 2000, § 2 Abs. 2 der Satzung zur Änderung der Studienordnung der Universität Passau für das Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss Erste Juristische Staatsprüfung vom 10. April 2002 (KWMBI II 2003 S. 574) und § 2 Abs. 2 der Zweiten Satzung zur Änderung der Studienordnung der Universität Passau für das Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss Erste Juristische Staatsprüfung vom 3. März 2003 (KWMBI II S. 1856) bleiben unberührt.

(3) ¹Vor dem 1. April 2007 erbrachte Seminarleistungen, die vor der Wahl des Schwerpunktbereiches erbracht wurden, werden auf Antrag vom Prüfungsausschuss für die Schwerpunktbereichsprüfung als Teilleistung im Sinne des § 37 Abs. 1 Nr. 2 anerkannt, wenn keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse) bestehen. ²Die Prüfungsgesamtnote der Juristischen Universitätsprüfung im Schwerpunktbereich gem. § 47 Abs. 1 Satz 2 wird für alle Studierenden, die zur Schwerpunktberichsausbildung vor dem 1. April 2007 zugelassen worden sind, gebildet, indem die studienbegleitende Leistungskontrollklausur einfach, die schriftliche Seminararbeit dreifach und das Ergebnis der mündlichen Prüfung zweifach gezählt wird; die sich ergebende Gesamtsumme ist durch sechs zu teilen.

§ 55 **In-Kraft-Treten, Geltungsbereich, Außer-Kraft-Treten**

(1) Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2003 in Kraft.

(2) ¹Sie gilt für Studierende, die ihr Studium im Studiengang Rechtswissenschaft mit dem Abschluss Erste Juristische Prüfung an der Juristischen Fakultät ab dem Wintersemester 2003/2004 aufnehmen. ²Sie gilt ferner für Studierende, die ihr Studium vor dem Wintersemester 2003/2004 aufgenommen haben, aber nicht bis spätestens zum Termin 2006/2 erstmals zur Ersten Juristischen Staatsprüfung zugelassen werden.

(3) Gleichzeitig treten die Studienordnung der Universität Passau für das Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss Erste Juristische Staatsprüfung vom 20. September 2000 (KWMBI II 2001 S. 715), zuletzt geändert durch Satzung vom 3. März 2003 (KWMBI II S. 1856), sowie die Zwischenprüfungsordnung der Universität Passau für den Studiengang Rechtswissenschaft vom 8. September 2000 (KWMBI II 2001 S. 696), geändert durch Satzung vom 27. November 2001 (KWMBI II 2002 S. 1508), vorbehaltlich des § 54 außer Kraft.

(4) Für Studierende, die ihr Studium vor dem 1. Juli 2003 aufgenommen haben und spätestens zur Ersten Juristischen Staatsprüfung 2006/2 erstmals zugelassen werden, gelten abweichend von § 54 Abs. 1 die Vorschriften über die Juristische Universitätsprüfung, wenn diese nach § 72 Abs. 2 Satz 3 JAPO abgelegt wird.

(5) Abweichend von § 54 Abs. 1 gelten mit Wirkung vom 1. April 2004:

1. §§ 16 bis 29 für alle Studierenden, die im Studiengang Rechtswissenschaft an der Juristischen Fakultät der Universität Passau immatrikuliert sind und die Zwischenprüfung noch nicht bestanden haben, sowie
2. §§ 31 und 32 für alle Studierenden, die im Studiengang Rechtswissenschaft an der Juristischen Fakultät der Universität Passau immatrikuliert sind, soweit sie die Leistungsnachweise nach § 24 Abs. 1 Satz 1 JAPO noch nicht erworben haben.

(6) ¹§ 54 Abs. 2 gilt entsprechend. ²Für Studierende, die das Studium zum Sommersemester aufgenommen haben, sind die Semesterabschlussklausuren im Sinne von § 15 Abs. 3 für das vierte Semester vorgesehen.

Anlage gemäß § 7 der Studien- und Prüfungsordnung:**Studienplan****1. Grundstudium**

Semester	SWS	Leistungsnachweis
1. Semester (WS)		
Einführung in die Rechtswissenschaft ¹	2	
Deutsche Rechtsgeschichte	2	
Grundkurs Privatrecht I	6	
Grundkurs Staatsrecht I	4	
Römische Rechtsgeschichte	2	
Gesamt:	16	
2. Semester (SS)		
Grundkurs Privatrecht II	6	2 GK-Klausuren
Grundkurs Staatsrecht II	4	2 GK-Klausuren
Grundkurs Strafrecht I	6	
Methodenlehre	2	
Schlüsselqualifikationsveranstaltung ¹	1	
Gesamt:	19	
3. Semester (WS)		
Vertragliche Schuldverhältnisse mit Vertragsgestaltung	3	Semesterabschlussklausur + Wdh.klausur im 4. Semester
Mobiliarsachenrecht	3	Semesterabschlussklausur + Wdh.klausur im 4. Semester
Zivilverfahrensrecht I (Erkenntnisverfahren)	3	
Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsprozessrecht	4	2 Semesterabschlusskl. + 2 Wdh.klausuren im 4. Semester
Grundkurs Strafrecht II	6	2 GK-Klausuren + 2 Wdh.klausuren im 4. Semester
Grundkurs Europarecht und Internationales I	2	
Schlüsselqualifikationsveranstaltung ¹	1	
Gesamt:	22	

¹ Ggf. als Blockveranstaltung

2. Haupt- und Abschlussstudium

Semester	SWS	Leistungsnachweis
4. Semester (SS)		
Grundkurs Europarecht und Internationales II	4	1 Abschlussklausur (4 aus 8) ²
Gesetzliche Schuldverhältnisse	3	Abschlussklausur
Immobiliarsachenrecht	3	Abschlussklausur
Zivilverfahrensrecht II (Zwangsvollstreckungsrecht) und Grundzüge des Insolvenzrechts	3	
Polizeirecht	2	
Kommunalrecht	2	
Baurecht	2	
Strafprozessrecht	2	
Gesamt:	21	
5. Semester (WS)		
Arbeitsrecht	3	
Handelsrecht	2	
Personengesellschaftsrecht und Grundzüge des GmbH-Rechts	3	
Familienrecht	1	
Europäisches Privatrecht	1	
Strafrecht III	2	Abschlussklausur
Übung im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene	2	2 Abschlussklausuren (einschließlich Strafprozessrecht)
Verfassungsgerichtsbarkeit	1	3 Übungsklausuren
Bayerisches Verfassungsrecht	1	
Fremdsprachenausbildung	2	(4 aus 8) ²
Gesamt:	18	
6. Semester (SS)		
Erbrecht	2	Abschlussklausur (auch bezogen auf die Vorlesung „Familienrecht“)
Übung zur Methodik der zivilrechtlichen Fallbearbeitung (wird auch im 5. Semester angeboten)	2	2 Abschlussklausuren
Strafrecht IV	2	2 Abschlussklausuren (einschließlich Strafprozessrecht)
Übung im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene	2	3 Übungsklausuren
Staatshaftungsrecht	2	(4 aus 8) ²
Gesamt:	10	
Ab 5. Semester SPB-Veranstaltungen je nach SPB, mit Seminar	16 - 20	

² Vgl. § 32 Abs. 3

7. Semester		
Examenskurs Arbeitsrecht	2	
Examenskurs Zivilrecht	13 ³	
Examenskurs Öffentliches Recht	10 ³	
Examenskurs Strafrecht (im 7. oder 8. Semester zu belegen)	10 ³	
Klausurenkurs	7	
Gesamt:	42	
8. Semester		
Examenskurs Zivilrecht	13 ³	
Examenskurs Öffentliches Recht	14 ³	
Examenskurs Strafrecht (im 7. oder 8. Semester zu belegen)	10 ³	
Klausurenkurs	7	
Gesamt:	44	

³ Der Examenskurs wird in der vorlesungsfreien Zeit fortgesetzt.

3. Studium im Schwerpunktbereich (5. bis 9. Semester)

1. Grundlagen des Rechts und des Staates		
I. Römische und deutsche Rechtsgeschichte; Privatrechtsgeschichte der Neuzeit		
Römisches Privatrecht und Quellenübung im Römischen Recht	2 SWS	
Quellenübung im Deutschen Recht	2 SWS	
Privatrechtsgeschichte der Neuzeit	2 SWS	
Institutionen des Europäischen Privatrechts	2 SWS	
II. Rechts- und Staatsideen der Neuzeit; Europäische Verfassungsgeschichte		
Europäische Verfassungsgeschichte einschließlich der Zeitgeschichte der Europäischen Integration	3 SWS	
Allgemeine Staatslehre	1 SWS	
Rechtsphilosophie I: Geschichte der neuzeitlichen Rechtsphilosophie und Typologie rechtsphilosophischer Konzepte	2 SWS	
Rechtsphilosophie II: Rechtsphilosophische Strömungen im 20. Jhd.	2 SWS	
Lektürekurs Staats- und Verfassungstheorie	2 SWS	
III. Rechtssoziologie/Methodenlehre		
Grundlagen der Rechtssoziologie	2 SWS	
Angewandte Rechtssoziologie, insbes. Vertragsgestaltung, Praxis des Erb- und Familienrechts, des Wirtschaftsrechts, des Verwaltungsrechts und des Strafprozessrechts	2 SWS	
Kriminologie	2 SWS	
Methodenlehre	2 SWS	
Seminar		2 SWS
Summe von zwei Teilbereichen, frei kombinierbar aus I - III:		18/20 SWS
2. Recht der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft		
I. Völker- und Europarecht		
Das Auswärtige Handeln der Europäischen Union	1 SWS	
Internationale Organisationen	1 SWS	
Internationales Umweltrecht	2 SWS	
Internationaler Menschenrechtsschutz	1 SWS	
Humanitäres Völkerrecht	1 SWS	
II. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht		
Recht der Auslandsinvestitionen	2 SWS	
Welthandelsrecht	2 SWS	
Obligatorisch für beide Bereiche:		
Völkerrecht AT	2 SWS	
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS	
Seminar		2 SWS
Summe:		16 SWS
3. Nationales, europäisches und internationales öffentliches Wirtschaftsrecht		
I. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht		
Völkerrecht AT	2 SWS	
Recht der Auslandsinvestitionen	2 SWS	
Welthandelsrecht	2 SWS	
II. Öffentliches Wirtschaftsrecht		
Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	2 SWS	
EU-Beihilfenrecht	1 SWS	
EU-Kartellrecht	1 SWS	
Öffentliches Finanz- und Haushaltsrecht	1 SWS	
Vergaberecht	1 SWS	
Regulierungsrecht	1 SWS	
Obligatorisch für beide Bereiche:		
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS	
Seminar		2 SWS
Summe:		17 SWS

4. Internationales Privat- und Handelsrecht		
I. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung		
Internationales Privatrecht	4 SWS	
IPR-Fallbearbeitung	1 SWS	
Rechtsvergleichung	2 SWS	
Grundprobleme der Rechtsvereinheitlichung	1 SWS	
II. Internationale Handelsgeschäfte und internationale Streitbeilegung		
Recht der internationalen Handelsgeschäfte I: Kollisionsrechtl. Grundlagen	1 SWS	
Recht der internationalen Handelsgeschäfte II: UN-Kaufrecht	1 SWS	
Recht der internationalen Handelsgeschäfte III: Besondere Geschäftstypen	1 SWS	
Internationales privates Wirtschaftsrecht	1 SWS	
Europäisches und internationales Zivilverfahrensrecht	2 SWS	
European Civil Justice	1 SWS	
Schiedsgerichtsbarkeit	1 SWS	
Seminar	2 SWS	
	Summe:	18 SWS
6. Recht der internationalen Wirtschaft		
I. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht		
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS	
Völkerrecht AT	2 SWS	
Recht der Auslandsinvestitionen	2 SWS	
Welthandelsrecht	2 SWS	
II. Internationale Handelsgeschäfte und internationale Streitbeilegung		
Recht der internationalen Handelsgeschäfte I: Kollisionsrechtl. Grundlagen	1 SWS	
Recht der internationalen Handelsgeschäfte II: UN-Kaufrecht	1 SWS	
Recht der internationalen Handelsgeschäfte III: Besondere Geschäftstypen	1 SWS	
Internationales privates Wirtschaftsrecht	1 SWS	
Europäisches und internationales Zivilverfahrensrecht	2 SWS	
European Civil Justice	1 SWS	
Schiedsgerichtsbarkeit	1 SWS	
Seminar	2 SWS	
	Summe:	18 SWS
7. Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht		
I. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung		
Internationales Privatrecht	4 SWS	
Praxis der IPR-Fallbearbeitung	1 SWS	
Rechtsvergleichung	2 SWS	
Grundprobleme der Rechtsvereinheitlichung	1 SWS	
II. Privates Wirtschaftsrecht		
Einführung in das private Wirtschaftsrecht	2 SWS	
Kartellrecht	3 SWS	
Lauterkeitsrecht	2 SWS	
Internationales privates Wirtschaftsrecht	1 SWS	
Seminar	2 SWS	
	Summe:	18 SWS
8. Informations- und Kommunikationsrecht		
I. Allgemeines Medien- und Informationsrecht		
Grundlagen des Medienrechts	2 SWS	
Informationsrecht	1 SWS	
Grundlagen des Telekommunikationsrechts	2 SWS	
Medienrechtliche Bezüge des gewerblichen Rechtsschutzes	1 SWS	
Urheberrecht	1 SWS	
Internationales und Europäisches Medienrecht	1 SWS	
II. Rechtsfragen des E-Government und E-Commerce		
Einführung in das Internetrecht	2 SWS	
Grundlagen des Rechts der elektronischen Verwaltung (E-Government)	2 SWS	
Grundzüge des Datenschutzrechts	2 SWS	
E-Commerce- und Softwarevertragsrecht	2 SWS	
Obligatorisch für beide Bereiche:		
Rechtsinformatik	2 SWS	
Seminar:	2 SWS	
	Summe:	20 SWS

9. Gesellschafts- und Steuerrecht		
I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht		
Vertiefung des Rechts der Personen- und Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	2 SWS	
Recht der Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	4 SWS	
Kapitalmarktrecht	3 SWS	
II. Steuerrecht		
Allgemeines Steuerrecht	2 SWS	
Einkommensteuerrecht	2 SWS	
Unternehmensteuerrecht	2 SWS	
Umsatzsteuerrecht	1 SWS	
Internationales und Europäisches Steuerrecht	2 SWS	
Seminar	2 SWS	
	Summe:	20 SWS
10. (aufgehoben)		
11. (aufgehoben)		
12. Internationales Wirtschafts- und Steuerrecht		
I. Steuerrecht		
Allgemeines Steuerrecht	2 SWS	
Einkommensteuerrecht	2 SWS	
Unternehmensteuerrecht	2 SWS	
Umsatzsteuerrecht	1 SWS	
Internationales und Europäisches Steuerrecht	2 SWS	
II. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht		
Recht der Auslandsinvestitionen	2 SWS	
Welthandelsrecht	2 SWS	
Völkerrecht AT	2 SWS	
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS	
Seminar	2 SWS	
	Summe:	19 SWS
13. Öffentliches Wirtschafts- und Steuerrecht		
I. Steuerrecht		
Allgemeines Steuerrecht	2 SWS	
Einkommensteuerrecht	2 SWS	
Unternehmensteuerrecht	2 SWS	
Umsatzsteuerrecht	1 SWS	
Internationales und Europäisches Steuerrecht	2 SWS	
II. Öffentliches Wirtschaftsrecht		
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS	
Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	2 SWS	
EU-Beihilfenrecht	1 SWS	
EU-Kartellrecht	1 SWS	
Öffentliches Finanz- und Haushaltsrecht	1 SWS	
Vergaberecht	1 SWS	
Regulierungsrecht	1 SWS	
Seminar	2 SWS	
	Summe:	20 SWS
14. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht und öffentliches Wirtschaftsrecht		
I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht		
Vertiefung des Rechts der Personen- und Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	2 SWS	
Recht der Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	4 SWS	
Kapitalmarktrecht	3 SWS	
II. Öffentliches Wirtschaftsrecht		
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS	
Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	2 SWS	
EU-Beihilferecht	1 SWS	
EU-Kartellrecht	1 SWS	
Öffentliches Finanz- und Haushaltsrecht	1 SWS	
Vergaberecht	1 SWS	
Regulierungsrecht	1 SWS	

<p>Seminar</p> <p>Summe:</p>	2 SWS 20 SWS
15. Internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht	
I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht	
Vertiefung des Rechts der Personen- und Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	2 SWS
Recht der Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	4 SWS
Kapitalmarktrecht	3 SWS
II. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht	
Recht der Auslandsinvestitionen	2 SWS
Welthandelsrecht	2 SWS
Völkerrecht AT	2 SWS
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS
Seminar	2 SWS
Summe:	19 SWS
16. Gesellschaftsrecht und Internationales Privatrecht	
I. Gesellschafts-und Kapitalmarktrecht	
Vertiefung des Rechts der Personen- und Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	2 SWS
Recht der Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	4 SWS
Kapitalmarktrecht	3 SWS
II. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung	
Internationales Privatrecht	4 SWS
IPR-Fallbearbeitung	1 SWS
Rechtsvergleichung	2 SWS
Grundprobleme der Rechtsvereinheitlichung	1 SWS
Seminar	2 SWS
Summe:	19 SWS
17. Steuer- und Strafrecht	
I. Steuerrecht	
Allgemeines Steuerrecht	2 SWS
Einkommensteuerrecht	2 SWS
Unternehmensteuerrecht	2 SWS
Umsatzsteuerrecht	1 SWS
Internationales und Europäisches Steuerrecht	2 SWS
II. Vertieftes Strafprozess- und Strafrecht; Praxis der Strafverteidigung	
StPO-Vertiefung	2 SWS
Wirtschaftsstrafrecht	2 SWS
Praxis der Strafverteidigung	1 SWS
Medizinstrafrecht	1 SWS
Europäisches und internationales Straf- und Strafprozessrecht	2 SWS
Seminar	2 SWS
Summe:	19 SWS
18. Handels- und Wirtschaftsrecht	
I. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht	
Vertiefung des Rechts der Personen- und Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	2 SWS
Recht der Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	4 SWS
Kapitalmarktrecht	3 SWS
II. Privates Wirtschaftsrecht	
Einführung in das private Wirtschaftsrecht	2 SWS
Kartellrecht	3 SWS
Lauterkeitsrecht	2 SWS
Internationales privates Wirtschaftsrecht	1 SWS
Seminar	2 SWS
Summe:	19 SWS
19. Öffentliches und privates Wirtschaftsrecht	
I. Öffentliches Wirtschaftsrecht	
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS
Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	2 SWS
EU-Beihilfenrecht	1 SWS

EU-Kartellrecht	1 SWS
Öffentliches Finanz- und Haushaltsrecht	1 SWS
Vergaberecht	1 SWS
Regulierungsrecht	1 SWS
II. Privates Wirtschaftsrecht	
Einführung in das private Wirtschaftsrecht	2 SWS
Kartellrecht	3 SWS
Lauterkeitsrecht	2 SWS
Internationales privates Wirtschaftsrecht	1 SWS
Seminar	2 SWS
	Summe: 19 SWS
20. Rechtsdurchsetzung im Wirtschaftsrecht	
I. Grundlagen der Zivilrechtspflege	
Vertiefung Zivilverfahrensrecht	2 SWS
Organisation der Zivilrechtspflege	1 SWS
Streitvermeidung und außergerichtliche Streitbeilegung	1 SWS
Prozessführung und Beweis	2 SWS
Anwaltliches Berufs- und Haftungsrecht	2 SWS
II. Privates Wirtschaftsrecht	
Einführung in das private Wirtschaftsrecht	2 SWS
Kartellrecht	3 SWS
Lauterkeitsrecht	2 SWS
Internationales privates Wirtschaftsrecht	1 SWS
Seminar	2 SWS
	Summe: 18 SWS
21. Rechtsdurchsetzung im Zivilrecht	
I. Grundlagen der Zivilrechtspflege	
Vertiefung Zivilverfahrensrecht	2 SWS
Organisation der Zivilrechtspflege	1 SWS
Streitvermeidung und außergerichtliche Streitbeilegung	1 SWS
Prozessführung und Beweis	2 SWS
Anwaltliches Berufs- und Haftungsrecht	2 SWS
II. Schwerpunkte der Zivilrechtsdurchsetzung	
Europäisches und internationales Zivilverfahrensrecht	2 SWS
European Civil Justice	1 SWS
Familien- und erbrechtliche Verfahren	1 SWS
Wirtschaftsrechtliche Verfahren	1 SWS
Insolvenzverfahren	2 SWS
Schiedsgerichtsbarkeit	1 SWS
Seminar	2 SWS
	Summe: 18 SWS
22. Zivilrechtspflege und Internationales Privatrecht	
I. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung	
Internationales Privatrecht	4 SWS
IPR-Fallbearbeitung	1 SWS
Rechtsvergleichung	2 SWS
Grundprobleme der Rechtsvereinheitlichung	1 SWS
II. Schwerpunkte der Zivilrechtsdurchsetzung	
Europäisches und internationales Zivilverfahrensrecht	2 SWS
European Civil Justice	1 SWS
Familien- und erbrechtliche Verfahren	1 SWS
Wirtschaftsrechtliche Verfahren	1 SWS
Insolvenzverfahren	2 SWS
Schiedsgerichtsbarkeit	1 SWS
Seminar	2 SWS
	Summe: 18 SWS
23. Strafrechtspflege	
I. Kriminologie; Jugendstrafrecht; Strafvollzugsrecht; Forensische Psychiatrie	
Kriminologie	2 SWS
Jugendstrafrecht	2 SWS
Sanktionenlehre, Strafzumessung	2 SWS

Strafvollstreckung, Strafvollzug Forensische Psychiatrie	2 SWS 1 SWS
II. Vertieftes Strafprozess- und Strafrecht; Praxis der Strafverteidigung	
StPO-Vertiefung	2 SWS
Wirtschaftsstrafrecht	2 SWS
Praxis der Strafverteidigung	1 SWS
Medizinstrafrecht	1 SWS
Europäisches und internationales Straf- und Strafprozessrecht	2 SWS
Seminar	2 SWS
	Summe:
	19 SWS
24. Straf- und Gesellschaftsrecht	
I. Vertieftes Strafprozess- und Strafrecht; Praxis der Strafverteidigung	
StPO-Vertiefung	2 SWS
Wirtschaftsstrafrecht	2 SWS
Praxis der Strafverteidigung	1 SWS
Medizinstrafrecht	1 SWS
Europäisches und internationales Straf- und Strafprozessrecht	2 SWS
II. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht	
Vertiefung des Rechts der Personen- und Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	2 SWS
Recht der Kapitalgesellschaften mit europarechtlichen Bezügen	4 SWS
Kapitalmarktrecht	3 SWS
Seminar	2 SWS
	Summe:
	19 SWS
25. Strafrecht und Internationales	
I. Vertieftes Strafprozess- und Strafrecht; Praxis der Strafverteidigung	
StPO-Vertiefung	2 SWS
Wirtschaftsstrafrecht	2 SWS
Praxis der Strafverteidigung	1 SWS
Medizinstrafrecht	1 SWS
Europäisches und internationales Straf- und Strafprozessrecht	2 SWS
II. Völker- und Europarecht	
Völkerrecht AT	2 SWS
Europäisches Wirtschaftsrecht	2 SWS
Das Auswärtige Handeln der Europäischen Union	1 SWS
Internationale Organisationen	1 SWS
Internationales Umweltrecht	2 SWS
Internationaler Menschenrechtsschutz	1 SWS
Humanitäres Völkerrecht	1 SWS
Seminar	2 SWS
	Summe:
	20 SWS
26. Arbeitsrecht	
I. Individualarbeitsrecht, Recht der sozialen Sicherheit und Arbeitsverfahrensrecht	
Vertiefung im Individualarbeitsrecht	2 SWS
Fallübung zum Individualarbeitsrecht	1 SWS
Europäisches und Internationales Arbeitsrecht	2 SWS
Recht der sozialen Sicherheit	2 SWS
Arbeitsgerichtliches Verfahren, Einigungsstellen- und Schlichtungsverfahren	1 SWS
II. Kollektives Arbeitsrecht	
Einführung in das Koalitionsrecht und Grundlagen des Tarifrechts	2 SWS
Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht	2 SWS
Recht der Arbeitnehmerbestimmung	2 SWS
Seminar	2 SWS
	Summe:
	16 SWS
27. Common Law und Internationales Privatrecht	
I. Common Law	
The Common Law Tradition	2 SWS
U.S. Tort Law (including Products Liability)	3 SWS

U.S. Contract Law (including the Uniform Commercial Code)	3 SWS
U.S. Constitutional Law	2 SWS
II. Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung	
Internationales Privatrecht	4 SWS
IPR-Fallbearbeitung	1 SWS
Rechtsvergleichung	2 SWS
Grundprobleme der Rechtsvereinheitlichung	1 SWS
Seminar	2 SWS
Summe:	20 SWS

28. Common Law und Internationales Handelsrecht

I. Common Law

The Common Law Tradition	2 SWS
U.S. Tort Law (including Products Liability)	3 SWS
U.S. Contract Law (including the Uniform Commercial Code)	3 SWS
U.S. Constitutional Law	2 SWS

II. Internationale Handelsgeschäfte und internationale Streitbeilegung

Recht der internationalen Handelsgeschäfte I: Kollisionsrechtliche Grundlagen	1 SWS
Recht der internationalen Handelsgeschäfte II: UN-Kaufrecht/International Sale of Goods - CISG	1 SWS
Recht der internationalen Handelsgeschäfte III: Besondere Geschäftstypen	1 SWS
Internationales privates Wirtschaftsrecht	1 SWS
Europäisches und internationales Zivilverfahrensrecht	2 SWS
European Civil Justice	1 SWS
Schiedsgerichtsbarkeit/Arbitration Law	1 SWS
Seminar	2 SWS

Summe: **20 SWS**

Anlage gemäß § 35 Abs. 2 der Studien- und Prüfungsordnung:

Mustervereinbarung
der Universität Passau
mit ausländischen Universitäten
über die Schwerpunkttausbildung der Studierenden
der Juristischen Fakultät der Universität Passau

§ 1 Studien- und Prüfungsleistungen an der Gastuniversität

¹Während des mindestens zweisemestrigen Studiums an der Gastuniversität muss der Studierende¹ an Lehrveranstaltungen aus mindestens zwei der folgenden drei Teilbereiche teilnehmen und dort gemäß § 8 die Prüfungsleistungen des Schwerpunktbereiches „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Studien- und Prüfungsordnung der Universität Passau für den Studiengang Rechtswissenschaft (StudPrüfO) ablegen:

1. Privatrecht
2. Öffentliches Recht
3. Strafrecht

²Das zu den in Satz 1 Nrn. 1 bis 3 genannten Teilbereichen gehörende Prozessrecht kann ebenfalls Gegenstand der Lehrveranstaltungen und Prüfungsleistungen sein.

§ 2 Unterrichts- und Prüfungssprache

Unterricht und Prüfungsleistungen werden in der Landessprache erbracht.

§ 3 Studiengebühren

Die Vertragsparteien verzichten gegenseitig auf die Erhebung von Studiengebühren.

¹ Vorbemerkung zum Sprachgebrauch: Im Text erfolgt die Bezeichnung weiblicher und männlicher Personen aus Gründen der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit jeweils in der maskulinen Form. Mit allen verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

§ 4 Studienplan

¹Zu Beginn des Studienjahrs erstellt der Studierende nach Beratung durch die Gastuniversität einen Studienplan über die Lehrveranstaltungen, an denen er während des Studienaufenthalts in der Gastuniversität teilnehmen wird. ²Dieser Studienplan wird vom Betreuungsdozenten für das entsprechende Land an der Universität Passau genehmigt.

§ 5 Abbruch der Schwerpunktausbildung an der Gastuniversität

¹Der Studierende hat die Möglichkeit, die Ausbildung im Rahmen des Schwerpunktbereiches Ausländisches Recht abzubrechen und eine andere Schwerpunktausbildung zu wählen (§ 42 Abs. 7 Satz 1 StudPrüfO). ²Die Erklärung hat zu den vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses nach § 42 Abs. 2 Satz 2 StudPrüfO festgelegten Terminen zu erfolgen (§ 42 Abs. 7 Satz 2 StudPrüfO). ³Die Erklärung erfolgt gegenüber dem Prüfungsausschuss der Universität Passau. ⁴Der Prüfungsausschuss der Universität Passau informiert die Gastuniversität unverzüglich über den Abbruch der Schwerpunktausbildung des Studierenden an der Gastuniversität.

§ 6 Prüfer

¹Als Prüfer für den Schwerpunktbereich an der Gastuniversität können alle nach dem Recht der Gastuniversität befugten Hochschullehrer bestellt werden. ²Die Bestellung erfolgt durch die Gastuniversität.

§ 7 Zulassung

¹Zu den Prüfungen können Studierende frühestens nach erfolgreicher Ablegung der Zwischenprüfung in mindestens zwei der drei Bereiche nach § 42 Abs. 1 StudPrüfO (Privatrecht, Öffentliches Recht, Strafrecht) und Bestehen von jeweils mindestens einer Grundklausur in allen drei Bereichen (§ 25 Abs. 2 Nr. 1 StudPrüfO), also frühestens im 4. Studiensemester, zugelassen werden (§ 42 Abs. 1 StudPrüfO). ²Der Antrag auf Zulassung zu den Prüfungen im Schwerpunktbereich „Ausländisches Recht“ (§ 35 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 StudPrüfO) an der Gastuniversität ist spätestens 4 Wochen nach Beginn des ersten Auslandssemesters an den Prüfungsausschuss Passau zu stellen.

§ 8 Prüfungsleistungen

¹Die Prüfungsleistungen an der Gastuniversität müssen beide der gemäß § 1 gewählten Teilbereiche abdecken und im Übrigen folgenden Anforderungen entsprechen:

1. eine studienbegleitende wissenschaftliche Arbeit im Umfang von mindestens 10 ECTS-Punkten,

2. weitere Leistungen im Umfang von mindestens 40 ECTS-Punkten.

²Dabei muss mindestens einer der gemäß § 1 gewählten Teilbereiche durch eine diesen Teilbereich insgesamt abschließende mündliche Prüfung oder eine diesen Teilbereich insgesamt abschließende schriftliche Aufsichtsarbeit mit einer Arbeitszeit von fünf Stunden geprüft werden.

§ 9 Ausschluss von der Teilnahme, Rücktritt, Versäumnis, Verhinderung,

Unzumutbarkeit, Nachteilsausgleich

(1) Über den Ausschluss von der Teilnahme nach § 48 Abs. 1 StudPrüfO in Verbindung mit § 8 Abs. 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPO) entscheidet der Prüfungsausschuss Passau.

(2) Über Ausschluss von der Teilnahme, Rücktritt, Versäumnis und Verhinderung nach § 48 Abs. 1 StudPrüfO in Verbindung mit §§ 8 Abs. 2, 9 Abs. 1 bis 4, 10 Abs. 1 bis 3 und 5 JAPO entscheidet der Prüfungsausschuss der Gastuniversität, hilfsweise der Dekan der Gastuniversität.

(3) Über Fälle der Unzumutbarkeit und des Nachteilsausgleichs nach §§ 48 Abs. 1 und 53 Abs. 2 StudPrüfO in Verbindung mit § 10 Abs. 6 JAPO entscheidet der Prüfungsausschuss der Gastuniversität – hilfsweise der Dekan der Gastuniversität – im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss Passau.

§ 10 Bewertung

¹Die Bewertung der Prüfungsleistungen geschieht durch die Gastuniversität und wird von dieser bescheinigt. ²Die Gastuniversität ist bereit, bei der Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen (Einzelnoten) die Notenstufen und Punktzahlen nach § 4 Abs. 1 JAPO in Verbindung mit § 1 der Verordnung des deutschen Bundesministers der Justiz über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung in der jeweiligen Fassung anzuwenden. ³Die Gastuniversität wird sich auch an der in Deutschland üblichen Bewertungspraxis orientieren. ⁴Derzeit bestehen folgende Notenstufen und Punktzahlen:

Notenstufe	Beschreibung	Punktzahlen
sehr gut	eine besonders hervorragende Leistung	= 16 bis 18 Punkte
gut	eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung	= 13 bis 15 Punkte
vollbefriedigend	eine über den durchschnittlichen Anforde-	= 10 bis 12 Punkte

	rungen liegende Leistung	
befriedigend	eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht	= 7 bis 9 Punkte
ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht	= 4 bis 6 Punkte
mangelhaft	eine an erheblichen Mängeln leidende, im ganzen nicht mehr brauchbare Leistung	= 1 bis 3 Punkte
ungenügend	eine völlig unbrauchbare Leistung	= 0 Punkte

§ 11 Mitteilung der Ergebnisse

Die Gastuniversität gibt dem Studierenden die Einzelnoten der Prüfungsleistungen gem. § 8 bekannt.

§ 12 Unterschleif

Über Unterschleif nach § 48 Abs. 1 StudPrüfO in Verbindung mit § 11 JAPO entscheidet der Prüfungsausschuss der Gastuniversität, hilfsweise der Dekan der Gastuniversität.

§ 13 Mängel im Prüfungsverfahren

Über Mängel im Prüfungsverfahren nach § 48 Abs. 1 StudPrüfO in Verbindung mit § 12 JAPO entscheidet der Prüfungsausschuss der Gastuniversität – hilfsweise der Dekan der Gastuniversität – im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss Passau.

§ 14 Wiederholung

(1) ¹Schlechter als mit „ausreichend“ bewertete Leistungen im Sinne von § 8 können je einmal wiederholt werden. ²Die Wiederholung aller Prüfungsleistungen soll spätestens drei Monate nach Abschluss des Studienjahres abgeschlossen sein.

(2) ¹Die Wiederholungsprüfungen werden von der Gastuniversität organisiert, bei Bedarf in enger Kooperation mit der Universität Passau. ²Die Prüfungsleistungen werden auch im Falle der Wiederholung allein von Prüfern der Gastuniversität bewertet.

§ 15 Freiversuch und Notenverbesserung

¹Die studienabschließende Leistung gemäß § 8 Nr. 2 Satz 2 kann abweichend von § 14 dieses Vertrages ein weiteres Mal wiederholt werden, wenn der Studierende spätestens sechs Monate nach Abschluss des schriftlichen Teils der deutschen Ersten Juristischen Staatsprüfung, an der er gemäß § 37 JAPO im Freiversuch teilgenommen hat, alle vorgesehenen Prüfungsleistungen

der Juristischen Universitätsprüfung mindestens einmal vollständig abgelegt hat (§ 41 JAPO).
²Die Gastuniversität ist bereit, diese Nachprüfung zeitnah durchzuführen. ³§ 14 gilt insoweit entsprechend.

§ 16 Erteilung der Bescheinigung

Die Gastuniversität stellt eine Bescheinigung über die erbrachten einzelnen Prüfungsleistungen im Sinn von § 8 aus und übersendet diese dem Prüfungsausschuss der Juristischen Fakultät der Universität Passau.

§ 17 Anerkennung von Prüfungsleistungen an der Gastuniversität

Prüfungsleistungen, die an der Gastuniversität erbracht worden sind, werden vom Prüfungsausschuss der Universität Passau anerkannt, auch wenn kein Antrag auf Zulassung gemäß § 7 gestellt worden ist, wenn keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse) bestehen (§ 43 Abs. 6 StudPrüfO in Verbindung mit § 43 JAPO).

§ 18 Ergänzende Bestimmungen

Sofern sich bezüglich der Durchführung der Schwerpunktausbildung an der Gastuniversität weitere Rechtsprobleme ergeben, sind diese durch die Gastuniversität im Einvernehmen mit der Universität Passau unter ergänzender Heranziehung der Studien- und Prüfungsordnung der Universität Passau in ihrer jeweils geltenden Fassung zu lösen.

§ 19 Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt am ... in Kraft und gilt für die Dauer von 5 Jahren.

Ausgefertigt auf Grund der Beschlüsse des Senats vom 16.07.2003 und vom 18. Februar 2004 nach Genehmigung der Satzung mit Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 25.11.2003 Nr. X/5-5e91a(BA)-10b/48 076.

Passau, den 19. Februar 2004

UNIVERSITÄT PASSAU
Der Rektor

i. V.

Bloch

Die Satzung wurde am 19. Februar 2004 in der Hochschule niedergelegt; die Niederlegung wurde am 19. Februar 2004 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gegeben.

Tag der Bekanntmachung ist der 19. Februar 2004.